

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W57  
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)  
Postfach Post-Abt. Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Außerbetriebse sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk.  
(nebst 14 tägiger Beilage: „Die Sanitätskarte“)

## Wie kommen wir zu einer Bedarfsstatistik?

Alle Streiks und Lohnbewegungen, die jetzt nach der Revolution überall eingeleitet haben und noch weiter um sich greifen, sind, wenn wir sie nach ihrer praktischen Wirkung auf die Gesamtheit der Arbeiter selbst betrachten, innere Widersprüche. Man kann die ganze Streikbewegung als eine Schraube ohne Ende betrachten. Früher, vor der Revolution, lag allen Lohnbewegungen eine bestimmte Gebühnbarkeit zugrunde. Heute, im Chaos des Wirtschaftslebens, sind diese Bewegungen eruptiv, regellos, zufällig, sie entbehren jeder einheitlichen Leitung. Aus den Lohnbewegungen, als planvolle Kämpfe mit dem Kapitalismus, sind Ausstände, Akte der Verbitterung geworden.

Jede Kritik und jedes Werturteil daran ist natürlich un-sinnig; die Menschen sind seelisch krank, der Gesundungsprozeß braucht neue Zeit und es ist zu erwarten, daß wieder ruhige Vernunft das Handeln der Massen regiert. Wir haben nur Klar zu untersuchen, welche Wirkungen diese Lohnbewegungen für die Arbeiter selbst auslösen.

Die Schraube ohne Ende kennzeichnet sich dadurch, daß in Wirklichkeit die erfolgreichen Lohnbewegungen den Arbeitern nichts nützen. Höhere Löhne verteuern zugleich den Produktionspreis, und da der Arbeiter selbst in seiner Klasse der wichtigste Verbraucher ist, wirken diese erhöhten Produktionspreise wieder zurück auf seine Leistungsfähigkeit als Konsument. In die eine Hand erhält er den höheren Lohn, den er mit der anderen Hand für erhöhte Lebensmittelpreise und sonstige Bedürfnisse wieder ausgeben muß. Die Klage der Arbeiter in deshalb schon ganz richtig, daß im letzten Grunde ihre Lebenshaltung trotz aller „erfolgreichen“ Lohnbewegungen nicht besser werden konnte. Die Bergarbeiter leben heute eher schlechter in der Ernährung und in Befriedigung sonstiger Lebensbedürfnisse als vor dem Krieg, trotzdem der Reallohn gegen früher weitaus höher ist.

Ähnlich zeigen sich noch weitere Konsequenzen. Jede Erhöhung der Arbeiterlöhne und zugleich jede Steigerung der Produktionspreise verwickelt unsere Stellung auf dem Weltmarkt. Unsere Konkurrenzfähigkeit mit den anderen Völkern bedeutet für uns einfach eine Lebensfrage. Wir haben nur zwei Möglichkeiten: Entweder als Arbeitsvolk unterzugehen, oder draußen den Kampf mit den anderen kapitalistischen Nationen bestehen. Auch in Zukunft werden wir von unserer Landwirtschaft nicht leben können, unsere Industrieprodukte haben wir gegen Lebensmittel einzutauschen, in das Niederwert des Konkurrenzkampfes des Weltmarktes werden wir erkrankungslos hineingerissen.

Je leistungsfähiger wir in der Produktion und Konkurrenzfähigkeit sind, um so besser werden wir unsere wirtschaftliche Zukunft gestalten. Möglichst niedrige Produktionspreise sind deshalb die Voraussetzungen für die Aufblühbarkeit und Wiedergewinnung, die wir als Wirtschaftsvolk

haben. Wie aber sollen wir aus diesen Widersprüchen herauskommen? Die Arbeiter wollen und müssen leben, für sich, ihre Frauen und Kinder verlangen sie eine Lebenshaltung, um gesundheitslich und sozial bestehen zu können. Wir müssen deshalb wieder billiger leben können. Der nächste Weg und die wichtigste Maßnahme muß nach wie vor in einer Senkung der Lebensmittelpreise bestehen.

Wir sind bisher nur dafür eingetreten, und nicht zuletzt auf Drängen der sozialdemokratischen Parlamentarier hatte unsere Regierung sich zu dem großzügigen Werk entschlossen, Zuschüsse von Reich und Gemeinden zu den vom Ausland eingeführten Lebensmitteln zu leisten, die Inlandspreise für Lebensmittel möglichst niedrig zu halten. Die durch die Rationalisierung ausgehenden Lebensmittel werden ja bekanntlich billiger verabsolgt, wie sie uns tatsächlich vom Ausland geliefert werden. Der Zustand in der Lebenshaltung der Massen wäre zurzeit noch unerträglicher, wenn diese Maßnahmen nicht zur Durchführung kommen würden. Aber noch ein zweiter Weg ist notwendig: Wir müssen in die Einkommensverhältnisse der verschiedenen Berufsgruppen Regelung und Ordnung bringen. Wir müssen wieder zu Haushaltsrechnungen zurückkehren und auf dieser Grundlage feststellen, was jede Familie an unmittelbar notwendigen Lebensmitteln braucht. Das Existenzminimum der verschiedenen Haushaltsgemeinschaften ist zu bestimmen. Der Kriegsschieber lebt heute wie in Friedenszeiten, oder richtiger gesagt, besser als früher, während in der Arbeiterfamilie Mann, Frau und Kinder an Unterernährung hinsterben. Die Voraussetzung aber für die Ernährung notwendige und erträgliche Lebenshaltung der breiten Masse muß in einer auskömmlichen Kaufkraft der für die Ernährung notwendigen Lebensmittel bestehen. Um das zu ermitteln, muß eine umfassende Lebenshaltungs- und Preisstatistik durchgeführt werden. Mitzüglich ging eine halbamtliche Mitteilung durch die Presse.

In enger Fühlung mit der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands und den einschlägigen Berufsverbänden ist das Reichsarbeitsministerium dem Plan einer großzügigen Lebenshaltungs- und Preisstatistik nähergetreten; einwache Beratungen mit den statistischen Reichsamte, den Statistischen Landesämtern der größeren Länder und der Vertretung der Städtestatistik haben einen festen Plan für die Erhebungen, die schon in nächster Zeit stattfinden sollen, geschaffen. Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, sichere Maßstäbe für die Beurteilung der Tendenz an den einzelnen Flächen zu schaffen, um daran die immer mehr zentral verlaufende Lohn- und Tarifvertragspolitik zu orientieren. Während die Verfassung des Materials für die Lebenshaltungstatistik in die Hand der größeren Gemeinden gelegt wird, knüpft die Lohnstatistik an das allein zuverlässige



# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin MS7  
Winterfeldstr. 24 (Redaktion: Emil Dittmer)  
Fernsprecher: Amt. 2190 Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk.  
(abkl. 14 tägiger Beilage: „Die Sanitätswart“)

## Wie kommen wir zu einer Bedarfsstatistik?

Alle Streiks und Lohnbewegungen, die jetzt nach der Revolution überall eingiebt haben und noch weiter um sich greifen, sind, wenn wir sie nach ihrer praktischen Wirkung auf die Gesamtheit der Arbeiter selbst betrachten, innere Widersprüche. Man kann die ganze Streifbewegung als eine Schraube ohne Ende betrachten. Früher, vor der Revolution, lag allen Lohnbewegungen eine bestimmte Gesetzmäßigkeit zugrunde. Heute, im Chaos des Wirtschaftslebens, sind diese Bewegungen eruptiv, regellos, zufällig, sie entbehren jeder einheitlichen Leitung. Aus den Lohnbewegungen, als planvolle Kämpfe mit dem Kapitalismus, sind Ausstände, Akte der Verbitterung geworden.

Jede Kritik und jedes Werturteil daran ist natürlich ungenügend; die Menschen sind seelisch krank, der Gesundungsprozeß braucht neue Zeit und es ist zu erwarten, daß wieder ruhige Vernunft das Handeln der Massen regiert. Wir haben nur Klar zu untersuchen, welche Wirkungen diese Lohnbewegungen für die Arbeiter selbst anstellen.

Die Schraube ohne Ende kennzeichnet sich dadurch, daß in Wirklichkeit die erfolgreichen Lohnbewegungen den Arbeitern nichts nützen. Höhere Löhne verteuern zugleich den Produktionspreis, und da der Arbeiter selbst in seiner Masse der wichtigste Verbraucher ist, wirken diese erhöhten Produktionspreise wieder zurück auf seine Leistungsfähigkeit als Konsument. In die eine Hand erndt er den höheren Lohn, den er mit der anderen Hand für erhöhte Lebensmittelpreise und sonstige Bedürfnisse wieder ausgeben muß. Die Klage der Arbeiter ist deshalb schon ganz richtig, daß im letzten Grunde ihre Lebenshaltung trotz aller „erfolgreichen“ Lohnbewegungen nicht besser werden konnte. Die Fernarbeiter leben heute eher schlechter in der Ernährung und in Befriedigung sonstiger Lebensbedürfnisse als vor dem Krieg, trotzdem der Reallohn gegen früher wesentlich sich sehr gesteigert hat.

Zugleich zeigen sich noch weitere Konsequenzen. Jede Erhöhung der Arbeiterlöhne und zugleich jede Steigerung der Produktionspreise verdrängt unsere Stellung auf dem Weltmarkt. Unsere Konkurrenzfähigkeit mit den anderen Völkern bedeutet für uns einfach eine Lebensfrage. Wir haben nur zwei Möglichkeiten: Entweder als Arbeitsvölk unterzugehen, oder draußen den Kampf mit den anderen kapitalistischen Nationen bestehen. Auch in Zukunft werden wir von unserer Landwirtschaft nicht leben können, unsere Industrieerzeugnisse haben wir gegen Lebensmittel einzutauschen, in das Räuberwerk des Konkurrenzkampfes des Weltmarktes werden wir erbarmungslos hineingerissen.

Je leistungsfähiger wir in der Produktion und Konkurrenzfähigkeit sind, um so besser werden wir unsere wirtschaftliche Zukunft gestalten. Möglichst niedrige Produktionspreise sind deshalb die Voraussetzungen für die Ausbeutungsfähigkeiten und Wiedergewinnung, die wir als Wirtschaftsvölk

haben. Wie aber sollen wir aus diesen Widersprüchen herauskommen? Die Arbeiter wollen und müssen leben, für sich, ihre Frauen und Kinder verlangen sie eine Lebenshaltung, um gesundheitslich und sozial bestehen zu können. Wir müssen deshalb wieder billiger leben können. Der nächste Weg und die wichtigste Maßnahme muß nach wie vor in einer Senkung der Lebensmittelpreise bestehen.

Wir sind bisher nur dafür eingetreten, und nicht zuletzt auf Drängen der sozialdemokratischen Parlamentarier hat unsere Regierung sich zu dem großzügigen Werk entschlossen, Zuschüsse von Reich und Gemeinden zu den vom Ausland eingeführten Lebensmitteln zu leisten, die Inlandpreise für Lebensmittel möglichst niedrig zu halten. Die durch die Rationierung ausgegebenen Lebensmittel werden ja bekanntlich billiger verabsolgt, wie sie uns tatsächlich vom Ausland geliefert werden. Der Zustand in der Lebenshaltung der Massen wäre zurzeit noch unerträglicher, wenn diese Maßnahmen nicht zur Durchführung kommen würden. Aber noch ein zweiter Weg ist notwendig: Wir müssen in die Einkommensverhältnisse der verschiedenen Berufsgruppen Regelung und Ordnung bringen. Wir müssen wieder zu Haushaltsrechnungen zurückkehren und auf dieser Grundlage feststellen, was jede Familie an unmittelbar notwendigen Lebensmitteln braucht. Das Existenzminimum der verschiedenen Haushaltsgemeinschaften ist zu bestimmen. Der Kriegsschieber lebt heute wie in Friedenszeiten, oder richtiger gesagt, besser als früher, während in der Arbeiterfamilie Mann, Frau und Kinder an Unterernährung hinsterben. Die Voraussetzung aber für jede vernünftige und erträgliche Lebenshaltung der breiten Masse muß in einer auskömmlichen Kaufkraft der für die Ernährung notwendigen Lebensmittel bestehen. Um das zu ermitteln, muß eine umfassende Lebenshaltungs- und Preisstatistik durchgeführt werden. Stürzlich ging eine halbamtliche Mitteilung durch die Presse.

In enger Fühlung mit der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands und den einschlägigen Berufsverbänden ist das Reichsarbeitsministerium dem Plan einer großzügigen Lebenshaltungs- und Preisstatistik nähergetreten; eingehende Beratungen mit dem Statistischen Reichsamt, den Statistischen Landesämtern der größeren Länder und der Vertretung der Städtestatistik haben einen festen Plan für die Erhebungen, die schon in nächster Zeit stattfinden sollen, geschaffen. Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, sichere Maßstäbe für die Beurteilung der Teuerung an den einzelnen Plätzen zu schaffen, um daran die immer mehr zentral verlaufende Lohn- und Tarifvertragspolitik zu orientieren. Während die Beschaffung des Materials für die Lebenshaltungsstatistik in die Hand der größeren Gemeinden gelegt wird, knüpft die Lohnstatistik an das allein zuverlässige



Material, die Lohnlisten der Unternehmungen, an. Zudem die Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ihre beruflichen Ergane bereits an der Erhebung sowohl der Lebenshaltungs- als auch der lohnstatistischen Unterlagen tätigen Anteil haben, wird der Statistik die unbedingte Vertrauenswürdigkeit bei allen Beteiligten gesichert. Die bei keinem früheren ähnlichen Unternehmen erreicht werden konnte. Die Statistik, die in kurzen Zeiträumen wiederholt werden soll, wird zweifellos mit der Zeit eine unentbehrliche Grundlage der gesamten Sozialpolitik werden."

Dieser sozialpolitische Schritt ist nicht nur zu begrüßen, an die Stelle der bisherigen planlosen Lohnbewegungen, die in Wirklichkeit den Arbeitern keine bleibenden Sicherungen bieten, das große Werk durchzuführen, hineinzuleuchten in die innerste Struktur des Wirtschaftslebens, die soziale Lage und Lebensführung der einzelnen Berufsstände der arbeitenden Klasse zu erfassen, um auf dieser Grundlage jedem lebenden Menschen das wirtschaftliche Existenzminimum zu schaffen, auf das er Anspruch hat.

Es ist deshalb viel besser, statt darüber nachzudenken, wo und wie überall neue Lohnbewegungen eingeleitet werden können, uns darin zu helfen, dem Arbeiter wieder Lebensenergie und Arbeitsfähigkeit zu schaffen, unsere Wirtschaft in Gang zu bringen und dann für eine vernünftige Verteilung der sozialen Lebenshaltungen Sorge zu tragen. Das wird im Interesse einer erfolgreichen Aufbauwirtschaft dringend notwendig sein.

H. Woldt.

Wir halten den Weg, eine umfassende Lebenshaltungs- und Preisstatistik zu schaffen, für durchaus gangbar.

Die bisherigen Unterlagen bei Tarifverhandlungen usw. waren recht mangelhaft und wurden meist von beiden Seiten (Unternehmer wie Arbeiter) als nicht einwandfrei angesehen. Ein furchtbarer Mangel wird z. B. mit der Salzwirtschaft Monatsstatistik getrieben. Sie bringt in regelloser Zusammenstellung „rationierte“ und „unrationierte“ Waren, ohne Rücksicht auf genaue Preisberechnung, die allerdings z. Z. nicht ganz einfach ist.

Eine fortlaufende Monatsstatistik müßte von den Gemeinden und den statistischen Ämtern bearbeitet werden, die einwandfrei die Preise für rationierte Waren angibt unter genauer Angabe, wieviel rationierte Ware pro Monat (oder Woche) erhältlich ist; weiter müßte die entsprechende Ergänzung mit unrationierter Ware bis zum Bedarf der menschlichen Ernährungsnorm angegeben werden mit ebenso sorgfältiger Preisberechnung.

Daneben muß dann die geplante Lohnstatistik der verschiedenen Berufe und Industrien gehen, die aber nicht nur vom Unternehmer bezogen werden darf, sondern die mindestens der Kontrolle der Gewerkschaften oder Arbeiterräte zu unterstellen ist.

Weiter müßte das Reichsarbeitsministerium (vielleicht mit Hilfe aller staatlichen Ämter und Hilfsquellen) eine Produktionspreisstatistik laufend entwickeln, die allmählich auch die Profitrate erkennen lassen würde, ihr Steigen und Fallen.

Die Gemeinde- und Staatsbetriebe könnten mit dieser Produktionspreisstatistik zunächst den Anfang machen. Hier wäre die Durchföhrung verhältnismäßig leicht. Damit könnte man immerhin bereits für einzelne Industrien einen gewissen Einblick.

Es ist nicht allzu verwunderlich, daß die alte Regierung die unter dem stärksten Einfluß der Unternehmer stand, in all den Jahrzehnten nie ernstlich versucht hat, eine solche Lebenshaltungs- und Produktionspreis Statistik herauszubringen. Es müßte sich viel besser im Trüben für die Unternehmer. Doch aber unsere neue Regierung so lange brauchte, um auch nur einige Ansätze für solche Bedarfsstatistik herauszubringen, ist wenig erfreulich.

Wären die geplanten Ansätze wenigstens so ausfallen, daß sie brauchbare Unterlagen für fortlaufende einwandfreie Statistiken und für deren weiteren Ausbau abgeben. Ohne eine solche zuverlässige und ausgedehnte Statistik kommen wir auch den Sozialisierungsfragen nicht näher!

E. D.

## Die Gewerkschafts-Organisationen im Deutschen Reich im Jahre 1918.

II. (23. Jahrg.)

Die deutschen Gewerkschaften. Der Reichs-Duisendischen Organisationsrechnung abgesehen 1918 19 Gewerkschaften an, die zusammen 1720 Ortsvereine haben. Die Zahl der Mitglieder beträgt 113 792, darunter 102 108 männliche und 11 684 weibliche. 1917 betrug die Mitgliederzahl 79 113, es ist demnach eine Vermehrung von 34 679 Mitgliedern = 43,8 Proz. eingetreten. Die Gesamtumsätze betragen 2 515 635 RM., sie übersteigen die des Vorjahres um 679 497 RM. Die Gesamtausgaben betragen sich auf 2 290 743 RM., sie sind um 401 192 RM. höher als 1917. Die Einnahmen übersteigen die Ausgaben im Berichtsjahre um 617 892 RM. Unter den Einnahmen befinden sich 2 293 065 RM. an Beiträgen. Veranschlagt wurde für Arbeitslosenunterstützung 55 820 RM. (1917: 28 593), Krankenunterstützung 3324 RM. (2145), Unfallsunterstützung 6077 RM. (4776), Sozialunterstützung 26 627 RM. (62 606), Krankunterstützung 59 769 RM. (58 113), Sterbefallunterstützung 184 882 RM. (170 520), Jubiläumunterstützung 13 911 RM. (19 559), Rechtschutz 6173 RM. (3122), Streit- und Rechtschutzunterstützung 28 406 RM. (1591), Bildungspreise 9197 RM. (9401), Verbandssorgene 127 787 RM. (67 121), Agitation 27 113 RM. (20 844), Generalsekretariatsarbeiten, Konferenzen 37 228 RM. (11 299), Druckkosten, Arbeitsvermittlung 72 405 RM. (59 761), Verbandssorgene 52 819 RM. (37 199). Die Verwaltungskosten der Hauptstellen betragen sich auf 254 688 RM. und die der Ortsvereine auf 176 308 RM. Auch bei den Gewerkschaften ist die Ausgabe für Arbeitslosen- und für Krankenunterstützung gegen das Vorjahr erheblich gestiegen. Gegenüber den übrigen Posten bilden die Ausgaben für Kranken- und Sterbefallunterstützung recht erheblich hohe Beträge. Es sind dieses jedoch keine Ausgaben der Gewerkschaften, die auf Grund der Satzungen der bei den freien Gewerkschaften als Zuschüsse zu den Krankenkassenleistungen gewährt werden, sondern diese Unterstellungen werden gemäß von den Gewerkschaftskassen für die Besor-

gere Beiträge erhoben werden. Zieht man von diesen Ausgaben ab, so reduzieren sich die eigentlichen Gewerkschaftsausgaben auf 1 556 052 RM. Die Gesamtsumme dieser Ausgabe in Verbindung mit dem verhältnismäßig kleinen Mitgliederbestand beweist, daß die Organisationsleistung der Reichs-Duisendischen Gewerkschaften im Gewerkschaftswesen keine erhebliche Bedeutung hat.

Über die christlichen Gewerkschaften haben wir bereits in Nr. 12 der „Gew.“ berichtet. Zu ergänzen wäre noch folgendes: Zum Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften kamen 1918 hinzu der Verband der katholischen Eisenbahner mit 303 Mitgliedern. Der prozentuale Mitgliederzuwachs der gesamten christlichen Gewerkschaften betrug 8,7 Proz., während er bei anderen Gewerkschaften 12,6 Proz. ausmachte. Die Gesamtsumme der christlichen Gewerkschaften betrug 1918 8 725 078 RM. (1917: 1 720 292), davon kommen 7 831 519 RM. (4 131 037) auf Beitragsleistung. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 6 294 432 RM. (3 611 175) und der Vermögensbestand nach zusammen 12 444 942 RM. (9 192 599) aus. Von den Ausgaben kommen auf Streit- und Arbeitslosenunterstützung 193 621 RM., Krankenschutz 705 513 RM., Sterbegeld 26 158 RM., Streit- und Gemeinnützigkeitsunterstützung 89 455 RM., sonstige Unterstellungen 301 250 RM., Rechtschutz 158 176 RM., Verbandssorgene 733 901 RM., Bildungspreise 92 558 RM., Gesamtunterstützungsbeträge 109 215 RM. Es verringern die Kosten der Hauptverwaltungen 653 948 RM., der Bezirksverwaltungen 1 020 382 RM. und die der Jubiläumverwaltungen 1 151 023 RM. An sonstigen Ausgaben wurden 127 021 RM. geleistet.

Von den unabhängigen Vereinen liegen Angaben für das Jahr 1918 nicht vor. Die jüngsten statistischen Mitteilungen über diese Organisationen, die das Statistische Reichsamts in dem 19. Sonderheft zum „Reichsarbeitsbericht“ veröffentlicht, beziehen sich auf die Jahre 1916 und 1917. Wegen der äußerst spärlichen Beteiligung dieser Vereine an der Statistik ist diese so unvollständig, daß sie



Die richtige Beurteilung des Standes dieser Vereine läßt die Darstellung nicht nur auf das statistische Material, das von 11 Vereinen geliefert wurde. Von 16 Organisationen, darunter auch der polnischen Arbeitsvereinigung, deren Angaben nicht zu erhalten. Eine große Bedeutung auf gewerkschaftlichem Gebiete kam diesen Vereinigungen bisher nicht zu. Teil verschiedener Organisationen war der gewerkschaftliche Charakter sehr zweifelhaft. Einige Vereinigungen, die zu den unabhängigen Vereinen zählten, gehören jetzt dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund an. Die politische Vereinigung dürfte endgültig aus dem Kreis der deutschen Gewerkschaften ausgeschieden sein. Es nimmere, nach der Revolution, die sogenannten unabhängigen Vereine als Gewerkschaften völlig ihre Existenz verloren haben, oder so ihnen aus verschiedenen Schichten des wehrfähigen Volkes neue Kreise zugeflossen, sich ihnen neue Gebilde angefügt haben, muß späterer Ermittlung, wenn erst eine Übersicht über die gewerkschaftlichen Strömungen in dem Jahre 1919 gegeben werden kann, vorbehalten bleiben.

Die Angestelltenverbände haben aus den intellektuellen Schichten der Bevölkerung, die dem gewerkschaftlichen Organisationsgedanken früher immer zugänglich waren, einen starken Zutritt erhalten. Und die bisher halmgeordneten Tätigkeiten zeigen an, daß bei den Angestelltenverbänden, die früher meist Standesvereinigungen waren, oder ihre Betätigung in der Wohlfahrtspflege fanden, der gewerkschaftliche Charakter sich durchzusetzen begann. Es handelt sich hier um einen Umbildungsprozess, der für die Gestaltung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse von weittragender Bedeutung zu werden verspricht. Der Stand und die Entwicklung der Angestelltenbewegung läßt sich heute nicht übersehen. Das vorher erwähnte 19. Sonderheft zum „Arbeitsarbeitsblatt“ bringt nur Angaben über die Angestelltenverbände für die Jahre 1916 und 1917 und diese sind noch lückenhaft.

**Schlussbemerkungen.** Mangel der nötigen Unterlagen läßt sich gegenwärtig kein zuverlässiger Heberhöch über den Gesamtumfang der Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich gewinnen. Wir müssen uns auf die Zusammenfassung der Ergebnisse der Statistiken der im letzten Gewerkschaftsjahr vereinigten Zentralverbände, den Kreis- und Landesverbänden und den christlichen Gewerkschaften beschränken. Es zählten diese drei Organisationsrichtungen 1918 zusammen 2 188 787 Mitglieder, darunter 497 218 weibliche. 1917 betrug die Mitgliederzahl 1 415 574. Es hat sich demnach die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder um 718 213 = 52,3 Prozent erhöht. Die Jahreseinnahmen betragen zusammen 71 691 025 Mk. und die Jahresausgaben 49 445 551 Mk. Der Vermögensbestand beläuft sich auf 98 117 420 Mk. Die Zentralverbände sind den anderen Organisationsrichtungen weit überlegen, sie sind

von bestimmendem Einfluß auf Richtung und Ziel der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Ihre Heberlegenheit kommt auch in ihrer größeren finanziellen Leistungsfähigkeit zur Ausdruck. Diese Tatsache ergibt sich aus einem Vergleich der Unterstützungsansgaben der drei Gruppen pro Kopf berechnet. Es wurden berechnet:

	für sämtliche Unterstützungs g.		für Streiks und Forderungen, el.		für Hilfe- und Arbeitslos-Unterstütz.		für arbeitslosen-Unterstützung	
	in-gel. 1917	in-gel. 1918	in-gel. 1917	in-gel. 1918	in-gel. 1917	in-gel. 1918	in-gel. 1917	in-gel. 1918
bei den Zentralverbänden	16 218 176	8 94	478 516	0,30	2 618 242	1,65	8 568 225	5,38
bei den Gewerksvereinen	111 988	0,98	24 409	0,25	59 446	0,61	—	—
bei den christlichen Gewerkschaften	1 555 029	4,71	19 453	0,22	1 98 421	0,73	7 05 613	2,15

Der Pro-Kopfanteil an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ist hier berechnet unter Zugrundelegung der Mitgliederzahlen der Verbände, die diese Unterstützung 1918 gewährten. Bei den Gewerksvereinen sind bei der Berechnung die Ausgaben der Baracken-laffen, Krankenunterstützung und Sterbegeld ausgeschlossen. Es lieferten die Zentralverbände pro Kopf 0,82 Mk. für sämtliche Unterstützungen, die Gewerksvereine 0,68 Mk. und die christlichen Gewerkschaften 4,00. In der gleichen Reihenfolge beträgt die Hilfe- und Arbeitslosenunterstützung pro Kopf 1,65, 0,51 und 0,73 Mk. Bei der Krankenunterstützung kommt auf die Zentralverbände pro Kopf 5,38 Mk. und auf die christlichen Gewerkschaften 2,15 Mk.

Die Zentralverbände haben sich in ihrer Entwicklung als die kraftvollsten Interessensvertretungen der Arbeiterschaft erwiesen. Und weit darüber hinaus können sie auch als machtvolle Förderer der wahren Kultur angesehen werden. In harten Kämpfen und mit großer Ausdauer stritten sie für die Gleichberechtigung der Arbeiter als Menschen dem Unternehmertum gegenüber; loben die Lebenslage der Arbeiterschaft durch Erämpfung besserer Wohnbedingungen und Verfürgung der Arbeitszeit.

• **Nach Politik und Volkswirtschaft** •

**Genossenschaftliches.**

Die Genossenschaft als Grundlage unserer Wirtschaft. Die Einsicht, daß die Genossenschaft eine höhere, nützlich wertvollere Form der Wirtschaft darstellt, bricht sich auch in breiten Völkern in denen bisher das persönliche Interesse als ausschlaggebend zu gelten pflegte. Im roten Tag weit Völkerverkehr Schwindt auf die befehlensverweigernden Folgeerscheinungen des Verkaufs unserer Industrie an das Ausland hin, von denen besonders auch die An-

**Das große Zollhaus an der Spree.**

Unter früherer Köln-Duselbacher Gaukler Heinrich Schäfer, einstmals Casarbocker in Mainz, und den älteren Kollegen von Berufsbandagen sowie durch seine rege und unermüdete Mitarbeit in der „Gewerkschaft“ bekannt, hat im Verlage v. Marcus u. Weber in Bonn ein treffliches Buch herausgegeben unter dem Titel „Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten“ (Preis 4,50 Mk.). Schäfer ist seit der Revolution nachher Mitglied des A. u. S. Rates in Köln, dann Abgeordneter des Oberbürgermeisters, Mitglied des Volksrates der A. u. S. Räte in Groß-Berlin, Mitglied des Zentralrats und preußischer Abgeordneter geworden.

Interessant ist das ganze Buch von Anfang bis zu Ende. Es gibt in ruhiger, objektiver Darstellung ein Bild von der Revolution, wofür die Deutschland im November 1918 erfährt hat als Folge der fürchterlichen militärischen Niederlage.

Wir drucken hier ein Kapitel der Schrift ab, welches die sondersbar: Verfassung Berlins aufweist, wie man sie fast allgemein „von draußen“ aus ansieht.

Als ich Mitte Januar auf einige Tage nach Köln kam, begegnete ich immer und immer wieder der stereotypen Frage: Na, was macht Berlin? Ich antwortete darauf kurz und doch erschöpfend: Berlin hungert, streikt, schreit, spuckt und tanzt.

Zarisch, Berlin hungert. Die Nationen, die vor den Gemeinden Groß-Berlin gerecht werden, sind nicht größer geworden, im Gegenteil, einzelne wichtige Artikel, wie Frischfleisch, sind völlig von der Spielkarte abgelehnt worden. Milch gibt es nur noch für Kinder unter zwei Jahren und das Brot, das man vom Bäcker ergöt, ist knackig und kaum genießbar. Kartoffeln bekommt der Berliner nur noch in homöopathischen Dosen. Der Salzhandel blüht wie nie zuvor. Die Preise, die gezahlt werden, gehen ins Phantastische.

Butter erzielt einen Preis bis zu 35 Mk., Speck bis zu 25 Mk., Frischfleisch je nach der Qualität von 12 Mk. bis 20 Mk. Ein Pfund Bohnenkaffee bezahlt man mit 40 Mk., ein Pfund Tee mit 60 bis 80 Mk. Ich erhalte ein Stückchen Schokolade, etwa 100 Gramm, Preis 5 Mk. Oder ich lasse mir im Kaffee „Baterland“ eine noch gerade rauchbare Zigarre geben; Gegenleistung 2 Mk. Ein schmutziges, grau-grünes Gemisch mit „Anupole“, Tabak gebacken, in Päckchen von 100 Gramm, kostet 6 Mk. Für ein Getränk, das dem Bier ähnlich sieht, bezahlen die Wirte jetzt 45 Mk. pro Hektoliter. Die Preise in den Restaurants sind „entsprechend“. Zwei Stückchen Schweinefleisch mit zwei gleich großen schwarzen Kartoffeln kosten 12 Mk., ein Teller Erbsensuppe 4,50 Mk., ein harter Käse 1,50 Mk., eine Tasse Bohnenkaffee 2,50 Mk. usw. usw. Die Preise für Schuhe, Kleidungsstücke, Wäsche und Gebrauchsgegenstände sind die gleichen wie vor der Revolution, vielleicht sind sie noch höher. Und dann die Wohnungsmieten! Die Wohnungsnot übersteigt bald alles Maß. Die Preise haben sich gegenüber 1914 mehr als verdoppelt. Der Ernährungsminister ist ein Unabhängiger, und in den Rathäusern ist die U. S. P. zumeist die stärkste Partei, und doch wird es nicht besser. Am Ernste, niemand ist unzufrieden, und doch wird es nicht besser. Keine Partei, und habe sie noch so viel Anhänger, kann keine zu Brot machen. Jede papierne Maßnahme muß sich als unwirksam erweisen, wenn es nicht gelingt, das Wirtschaftsleben in Ordnung zu bringen und Rohstoffe und Lebensmittel heranzuschaffen.

Es ist natürlich leicht, sich selbst den Magen vollzustopfen und dem Arbeiter und niederen Angestellten Genügsamkeit zu predigen. Ich weiß mich frei von beidem. Und dennoch oder gerade deshalb habe ich es für bedauerlich gehalten, daß die Berliner Arbeiter- und Angestelltenbewegung ein waches Streikbewusstsein erfaßt. Manche Streiks mögen vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus bedingt gewesen sein, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus befehlen waren sie zumeist ein Unglück. Von den politischen Streiks will ich erst gar

beiter schwer betroffen würden, und verlangt, daß Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, um den Untergang der deutschen Volkswirtschaft zu verhüten. Ein solches Mittel sei vielleicht die Vergesellschaftlichung unserer industriellen und Handelsaktiengesellschaften. Schmidt verweist zunächst darauf, daß die Geschäftsanteile einer Genossenschaft nicht Spekulationsobjekt sein können, daß sie mit der Kapitalgesellschaft verbunden und unverkäuflich sind. Er fährt dann fort: Diese Form der Kapitalbesitzung für das betreffende Unternehmen ist moralischer und gesünder als die unperfekte Peter'snung durch Aktien. Man kann sagen, daß die Arbeit der Aktientümer lediglich vorübergehend ihr Kapital in den Aktien anlegen wollen und viel mehr Gewicht auf eine Ausschüttung als auf eine feste Rente legen. Ja, viele Aktientümer kennen das Unternehmen, an dem sie sich durch irgendwelchen Pat beteiligt haben, entweder gar nicht oder nur sehr oberflächlich. Sie rechnen durch eine Erhöhung des Kurses mit der mühelosen Erhöhung ihres Vermögensbestandes. Ganz anders ist dies bei den Genossenschaften. Da verknüpft sich der Wert des Geschäftsanteils, auch wenn die Genossenschaft noch so gut arbeitet, in keiner Weise; eine Verzehmung von 1000 Mk. bleibt immerzu nur ein Vermögensbestand von 1000 Mk., auch dann, wenn das genossenschaftliche Unternehmen mehr als einen Normalzu bezeichnenden Gewinnanteil auszusütten in der Lage ist. Man erzieht daraus schon, daß die genossenschaftliche Form moralisch und nützlich höher einschätzen ist als die Aktienform. Bei einer Genossenschaft hat ein jedes Mitglied, ob vermögend oder unermögend, ob Inhaber mehrerer Geschäftsanteile oder nur eines, nur eine Stimme. Dadurch ist eine Bevormundung des kleineren Kapitalisten seitens des größeren Kapitals, wie es bei den Aktiengesellschaften der Fall sein kann, bei der Genossenschaft unmöglich. Die Umwandlung unserer Aktiengesellschaften dürfte auch einer jeden Form der Sozialisierung bei weitem vorzuziehen sein. Bei einer Genossenschaft bleibt bei der breiten Grundlage, auf die das Unternehmen gestellt ist, doch die persönliche Initiative gewahrt. Die Genossenschaften haben bekanntlich drei wertvolle Grundzüge auf ihre Fahne geschrieben: Selbsthilfe — Selbstverwaltung — Selbstverantwortung. Solange an diesen Grundzügen festgehalten wird, besteht das individuelle große Interesse aller Beteiligten an dem Unternehmen. Bei der geplanten und vielbesprochenen Sozialisierung ist dies nicht der Fall, da dort selbst die Selbsthilfe und die Selbstverantwortung und auch die Selbstverwaltung ausgeschaltet und das Unternehmen lediglich beamtenmäßig geführt wird. Bei der Sozialisierung werden die Paragraphen die Hauptrolle spielen und nicht die persönliche Initiative, d. h. das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl. Wir haben in Deutschland genug Genossenschaften, die ganz vortrefflich zu arbeiten imstande sind und die nicht nur ihren Mitgliedern, sondern der Allgemeinheit zum allergrößten Nutzen sind.

Wer das Recht auf seiner Seite fühlt, muß derb auftreten; ein höfliches Recht will gar nichts heißen. Goethe

nicht sprechen; dies Streits waren in der Regel ein Verbrechen am deutschen Volk und an der neuerungenen Freiheit.  
 Ich habe mir für alle Fälle zum Grundsat gemacht, mich über nichts zu wundern. Ich kam mit dieser Regel für die Beurteilung der mich umgebenden Dinge sehr gut aus und kann sie daher dem Leser angelegentlich empfehlen. Wenn man mir für eine Schmalzstulle (25 Gramm Brot und 10 Gramm Schmalz) 250 Mk. abnahm, so wunderte ich mich ebensowenig, wenn heute die Straßenbahn morgen die Hochbahn und übermorgen die Stadtbahn stillfand. Streikten die Kaffeekellner, so ging ich am Kaffee, strakten die Warenhausangestellten, so ging ich am Warenhaus vorüber und dachte: ja, warum sollen die Kellner und die Warenhausangestellten nicht streiken?! Es folgten die Bankbeamten, eines Tages hatten wir kein Licht, unendlich zu gleicher Zeit drohen die Arbeiter bei der Milch- und Getreiverorgung mit Ausstand, dann kam wieder einmal ein Generalkstreik — für den nächsten Generalkstreik ist der große Bäckerstreik, der den Streik der Ladenachtfässer, der Metzger, der Apotheker, vielleicht auch der Hebammen einschließt, als Gegenmittel vorzusehen, der Streik aller gegen alle ist dann vorzuziehen und damit ein Grad des Wahnsinns, der nicht mehr zu überbieten sein dürfte.  
 Dieses Urteil ist hart, zumal es von einem Sozialisten stammt. Aber war es nicht selbst ein Emil Barth, der gegen die Streiks donnerte und bevor warnte, die Revolution zu einer Lohnbewegung zu machen? Wenn je die Notwendigkeit vorlag, unsere Warenherstellung und -verteilung der jeder Erfindung zu bewahren, unsere Produktion zu steigern und neue Schaffensmöglichkeiten für die Deutschen Arbeiter zu erschaffen, so nach dem Siege der Revolution. Eine solche Erkenntnis sehr eckerndes fühlte, berechnende Überlegung voraus, was wiederum das Vorkommen starker Notwendigkeiten. Dieser Welt aber was entwertet und ist es noch zu dieser Stunde. Wer wäre berechtigt, dieshalb Vorwürfe zu erheben? Wir können bitten, belehren und mahnen, aber nicht ver-

Notizen für Gasarbeiter

**Notizen für Handwerker und Kleinverbraucher.** In Erweiterung der Verordnung vom 7. November 1919 über das Verbot der Verfeinerung von Mehlern (siehe Nr. 13 der „Gew.“) hat der Reichsminister in einem Mandatsreiben an die Gasanstalten verfügt, daß bis zu 5 Proz. der jeweiligen vormaligen Teeerproduktion an Handwerker und sonstige Kleinverbraucher im Monat abgegeben werden kann. Jedoch darf die Abgabe an einen derartigen Verbraucher 500 Kilo im Monat nicht übersteigen. Die Antragsteller haben bei Empfang schriftlich zu erklären, daß sie die erhaltenen Mehlermengen für den Selbstverbrauch benötigen und nicht in den Handel bringen.

Landstraßenwärtter

**Darmstadt.** In unserer Gegend sind die Arbeitslosenwärtter vollzählig dem Verstande angeklüffelt. Es ist ein schwieriges Verfahren, diese Kollegen näher mit allgemeiner bi druden Fragen zu vertrauen. Das sehr konzentriert ist infolge der halben Bekleidung des Reiches Darmstadt und der völligen Bekleidung des Reiches Groß-Gerau. Im August d. J. überreichte die Gauleitung in Gemein-schaft mit der Filialleitung an die Kreisämter Darmstadt und Groß-Gerau eine Eingabe zwecks Bewilligung erhöhter Feuerungs-zulagen. Infolge der Bekleidung dieser Gebiete fanden hier noch keine Arbeitslosen- bzw. Provinzialausstellungen statt; es reichert mithin der alte Schandrian, Sozialdemokraten sind bisher im Kreisrat nicht vertreten gewesen. Es erfolgte vor Tagen ein ministerieller Erlaß, daß die alten Arbeitslosen am 30. November 1919 aufgelöst sind. Wie ein reingebendes Gewitter kam dieser Erlaß in die alten Anstalten eingebrochen zu sein, denn man bewilligte den Arbeitslosenwärttern, auf wiederholtes Drängen der Kreisleitung, einen Vorstoß von 600 Mk. auf die noch zu erledigende Lebenshaltung. Die Interessenten unter Einwirkung unserer Filialleitung erloschen soll. Unsere Kollegen wurden in letzter Zeit unendlich da weitere Forderungen infolge der ungenügenden Konfession der Parteien im alten Kreisrat keine Unterstützung fanden und die Spitze der Behörden noch nie mit einer Organisation bekannt war, dessen Vorzug die Beteiligten bald kennen lernen werden. Ein Mahnwort für den Kollegen von beiden Parteien eingehend: „Es fällt ein Baum nicht auf den ersten Dieb!“ Stärkt Eure Reihen zur Organisation, die mit Euch wirtschaftliche und soziale Verbesserungen erringen will und kann, wenn die Gewerkschaften erhalten bleibt.

Wie groß für dich du siehst, vorm Ganzen bist du nichtig; Doch als des Ganzen Glied bist du als kleinstes wichtig.

urteilen. Mit der Best kommt der Tod, und mit dem verlorenen Krieg kommt der Wahnsinn ins Land.  
 Die Arbeiter und Angestellten hatten kein anderes Mittel der Selbsthilfe, als den Nominellwert ihres Lohnes in die Höhe zu treiben. Sie gingen darin mit den Landwirten einig, die ständig höhere Preise für ihre Erzeugnisse fordern. Der Lohn wurde „erhöht“, daß heißt der Lohnempfänger erhielt am Lohnstage noch mehr Papier wie bisher. Dieses Papier verlor aber immer mehr an Kaufkraft. Früher kämpften wir um einen gerechten Anteil an dem Ertrag unserer Arbeit — nach der Revolution jedoch führten wir zumißt einen wütenden Kampf gegen uns selbst. Und da im Kriege keiner verschont bleibt, so wurden wir alle vom reichenden Strom erfaßt und in die Tiefe gezogen.  
 In heftigem Widerspruch mit dem Leben und Leiden des Großteils der Berliner Einwohnerheit steht das Gemischen gewisser Teile der „alten“ und der „Halbwelt“ und der gesamten „neuen Welt“. Zur letzteren zähle ich die Kriegs- und Revolutionsgewinnler, die Rapens der Neuzeit mit ihren gefärbten, kurzröckigen „Downs“. Dieses „Berlin“ teilst du nicht in den Kaffees und größeren Restaurants. Diese sind dem Viebs überlassen. Man findet sie vielmehr auf den besseren und besten Plätzen der Theater, in den teuren Weinrestaurants, in den „feineren“ Kabarets und Bars, in denen Palas de Danse und in den Tanz- und Spielclubs, von denen Berlin jetzt alljährlich hunderttausend und mehr besitzen soll. Ein wider Teufel hat diese sogenannten Menschen erfaßt. Deutschland brennt, Berlin abicht einem Vulkan, unsere Feinde drücken uns das Mal des Schimpfes auf die deutsche Denkerfront, in allen Gauen des Reiches loht die Flamme des Streiks und des Aufruhrs — und in der Hauptstadt des geschändeten Deutschlands öffnen sich allabendlich die Tempel des goldenen Kalbes, um eine lachende, singende, von Tanz- und Spielern beherrschte Menschheit aufzunehmen. Das Geld scheint hier gar keine Rolle zu spielen. Der Schampus ist in diesen Kreisen zum Tagesgetränk geworden, für ein Souper bezahlt man

### Rus unserer Bewegung

**Gaukonferenz Düsseldorf.** Die zum 20. November nach Essen einberufene Gaukonferenz war von 30 Filialen mit 36 Delegierten besetzt. Die Leitung war durch die Kollegen Buchelt und Bergel vertreten. Bergel gab Bericht über den Bezirksrat. Er betonte darauf, daß die Wirtschaftsbefehle statt abgelehnt worden ist, dafür aber eine wesentliche Lohnerhöhung zugesichert wurde, welche mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober gezahlt werden soll. In seinen weiteren Ausführungen streifte er noch die Streitfrage, Grenzenteilung, die Spannzzeit der Jahre und den Differenzbetrag zwischen Lohn und Krankenlohn. Zum Schluß bemerkte er, daß durch den noch bestehenden Tarif nicht alles erledigt werden konnte. In späterer Zeit muß das nachgeholt werden. In der Diskussion stimmten fast alle Redner mit dem Kollegen Bergel überein. Nur einige Kollegen hielten an der Wirtschaftsbefehle fest. Ebenfalls wurde die Zurückdatierung nicht für weitgehend genug gehalten. Ein Antrag, den Lohnzuschlägen nicht zuzustimmen, sondern an der Wirtschaftsbefehle festzuhalten, wurde gegen 9 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag des Kollegen Minf. Düsseldorf, eine sechsgliedrige Kommission zu bestimmen, die in Zukunft die Tarifverträge mit ausarbeiten soll, wurde angenommen. Darauf referierte Kollege Buchelt über: „Aufbau der Organisation“. Er zeigte die Richtlinien zur weiteren Entwicklung der Organisation. Ganz besonders deutete er auf die gewerkschaftliche Schulung aller Kollegen hin. Den Filialen legte er ans Herz, die Leitung mehr auf dem Laufenden zu halten. Versammlungen oder Verhandlungen, die stattfinden müssen dem Gau Bureau rechtzeitig mitgeteilt werden. Neben die Massengeschäfte wurden vom Kollegen Buchelt den Filialen Richtlinien gegeben. Die Abrechnungen müssen dem Gau Bureau und nicht nach Berlin geschickt werden. Zum Schluß schloß er noch den Streit der Straßenbahn in Dortmund und gab bekannt, daß der Gau Köln vom Gau Düsseldorf abgetrennt ist und Kollegen Dehn die Leitung des neuen Gau übertrug wurde. Kollege Clepp empfahl, der Strömung der Kollegen auf politischem Gebiete Rechnung zu tragen. Kollege Buchelt widersprach dem. Die Gewerkschaften müssen sich gegenüber den politischen Strömungen in der Arbeiterschaft neutral verhalten.

**Was Düsseldorf.** Nachdem der Staat an seine Beamten und Arbeiter sogenannt Wirtschaftsbefehle erteilte, die Gemeinden an die Beamten so ziemlich dasselbe zahlten, was es verständlich, wenn die städtischen Arbeiter für sich dieselben Bünde hatten und in den einzelnen Orten auch vorliegen. Einige Städte bewilligten sogenannte Vorstände, lehnten aber die Befehle ab, weil es angelegentlich Tarifbruch sei. Der Bezirks-Ausschuss, der für den Bereich des Ruhrbezirks eingesetzt ist, entschied in einer Sitzung, daß die vielerorts bestanden Wirtschaftsbefehle mit dem Vertrage nicht im Widerspruch ständen, soweit sie nicht unter Androhung des

gestalten ein halbes hundert Mark. Und das Kolorit dieser Herrschaften. Starke Bufen, Doppeltinn, Nerpelste, Brillanten; hohe Schuhe, süßes Lächeln, schmachtende Augen; lüsterne Beine, feile Raden, schwebelnde Kellner, dazu die geilen Känge vom Bosten und Druffep — der freundliche Keler verzehre diese verträute Zusammenstellung, denn ich befinde mich in einem Tollhause. Die Vermittlung dieser Menschen ist soweit geziehen, daß sie sich von einem lässlichen Subjekt auf der Bühne sogenannte Vieder von der „Schönen Republikanerin“, vom „Vordringen Liebknechts“ und vom verlebten Spartakiden vorlesen lassen.

#### Berlin!

Schamlos macht sich dieses Treiben auf den Vitzahäulen breit. Zwischen den Kampfanklagen gegen den Bolschewismus und den Besannungsreden des Magistrats über Zahlung von Arbeitslosenunterstützung und Abgabe der winzigen Lebensmittelrationen finden wir erotische Tanzplakate. Und was für Bälle werden angeschlossen! Witwen-, Kavaller-, Strandbälle (im Strandkostüm) ... Gefinde- und „Arbeiter“bälle ... Dann ein Bö-Bu-Ball (Köler-Bubenball) und um allem die Kene aufzusehen auch ein halbes hundert mit Prämiierung der „Schönsten Beine“.

Mit Eitel wende ich mich von dem bunten Plakatgemisch ab, das dazu wie geschaffen ist, die Anhänger Liebknechts zu vermehren.

Berlin tanzt und spielt! Die Spielclubs schicken wie Vitz aus dem Erdboden empor. Man braucht nur auf einige Autos zu steigen, die vor einem Hause nächtliche Wache halten, und man steht vor einem Klub. Verschaffe dir eine „Wingelbarte“ und du hast Eintritt. Getränke und Speisen werden gratis verabreicht — das bishaken Umrah an diesen Realien verschwindet gegenüber den Umhaken, den der Bankhalter an Spielclabern erzielt. Gespielt wird Roulette, Rac Tourneau, Poker und dann das eigentliche Baccarat, d. h. die offene Bank. An dem Spiel beteiligen sich auch Damen; es soll sogar besondere Damenklubs geben. Aber nicht nur in den Spielhöhlen wird gemaukelt und gepokert. In den Nebenräumen

Streits gefordert würden. Die Bezirksleitung beantragte dann für das ganze Vertragsgebiet bei der Städtevereinigung die Gewährung von Teuerungszulagen nach Maßgabe der staatlichen Sätze. Die Vertreter der Städte lehnten aber Wirtschaftsbefehle ab. Sie seien aber bereit, in der Lohnfrage mit sich reden zu lassen, trotzdem der Vertrag noch nicht abgelaufen ist. Nach einigen Hin und Her fanden auch wir uns damit ab und ließen die Forderung fallen, wenn nennenswerte Lohnerhöhungen bewilligt würden, und zwar rückwirkend. Nachdem zwei Sitzungen ergebnislos verlaufen waren, gelang die Verständigung in der dritten Zusammenkunft. Es werden für die Zukunft gezahlt: Gruppe 1, gelernte Handwerker: 2,80—3,00 Mark. Gruppe 2, angelernte Arbeiter mit verantwortlicher Dienstleistung: 2,60—2,80 Mark. Gruppe 3, ungelernete Arbeiter: 2,30—2,50 Mark. Gruppe 4, ungelernete Arbeiter: 2,10—2,30 Mark. Frauen usw. für leichte und einfache Beschäftigung 1,40—1,70 Mark die Stunde. Die Löhne sollen rückwirkend ab 1. Oktober für Verheiratete ganz und für Ledige zur Hälfte ausbezahlt werden. Es ist dies eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 20 Proz. Das Streichen einer Gruppe und das Erheben des Höchstlohnes in drei, statt in fünf Jahren, durchzuführen war nicht möglich. Wir hoffen, gerade diese beiden Fragen bei dem nächsten Abschluß endgültig zu erledigen. In gleicher Zeit fanden Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für die Gas-, Wasser-, und Elektrizitätswerke statt, wo dieselben Fragen brochen und auch erledigt wurden. Es kommen hier dieselben Lohnsätze in Betracht, bis auf die 3. und 4. Gruppe, wo der Grundlohn um 10 Pf. höher ist. Ebenfalls rückwirkend vom 1. Oktober. Eine Konferenz der Filialen nahm zu diesem Angebots Stellung und beschloß gegen 9 Stimmen, das Resultat der Verhandlungen anzunehmen. Der Erfolg ist immerhin ein nennenswerter. Es wird an den Kollegen liegen, ihn in den Streifen der Indifferenzen auszunutzen.

**Frankenhäuser.** In der Mitgliederversammlung vom 8. November wurde über eine 30prozentige Teuerungszulage und Linderbefehle für die städtischen Gas- und Wasserwerksarbeiter beraten. Im vollen Umfang wurden unsere Forderungen bewilligt, so daß der Lohn jetzt 1,95 Mark für die ersten Dejar, 1,90 Mark für die zweiten Dejar, 1,85 Mark für Inaktive, 1,60 Mark für Arbeiter, 1 Mark für Jugendliche pro Stunde beträgt, außerdem für jedes Kind bis zum 18. Lebensjahr 15 Pf. pro Monat Kinderbeihilfe. Arbeiter die seit dem 1. Juli in städtischen Betrieben tätig sind, erhalten eine Aufbesserung der Teuerungszulage von 45 Pf. auf 60 Pf. Von großem Vorteil für uns ist es, daß 7 Arbeitervertreter im Stadtparlament sitzen. Nur durch Einigkeit und Zurückstellung der persönlichen Interessen ist es möglich, unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Mit welchem Interesse hier die Kollegen mitarbeiten, zeigt am besten das feste Steigen der Mitgliederzahl. Unsere kleine, früher 6 Mann starke Filiale hat heute bereits 20 Mitglieder überschritten.

**Wesli.** In der Mitgliederversammlung vom 22. November 1919 gab Kollege Proße den von den Comannern der Arbeiterauschüsse festgesetzten Lohnstarif bekannt. Gefordert werden in der 1. Klasse 2,65 Mark, in der 2. Klasse 2,35 Mark, in der 3. Klasse 2,15 Mark, in der 4. Klasse 1,95 Mark. Dies wären Zulagen von 1 Mark pro Klasse

der Bars und Tanzplakate frönt man gleichfalls dem Jau. Man kann sich getroist die Reize nach Monte Carlo, Bichn, Rizza und St. Enghien ersparen, denn hier in Berlin hat „man“ für alles ausreichenden Ersatz geschaffen.

Als ich erfuhr, daß Spartakusmattrosen mehrfach solche Stätten besuchten und die Herrschaften die Hände hoch heben ließen, empfand ich so etwas wie eine innere Befriedigung.

Es wäre unrecht, zu behaupten, daß nur die Kriegs- und Revolutionsgewinnler und ihr Anhang vom Tanz- und Spielteufel besessen wären. O nein, auch das honeste Pörsertum, weite Schichten der Anhaltellen und Arbeiter, und nicht zu vergessen jene Leute, die jenseits aller Parteien von Arbeit und Pflicht stehen, dazu die Menschen, die der Kriea aus ihrem gewohnten Gleise herausgerissen hat — sie alle sind mehr oder minder von der Tanz- und Spielwut infiziert, besonders aber von der Spielwut. Man spielt und wettet in den Kneipen, auf der Straße, beim Barbier, in der Werkstatt, im Keller und auf dem Boden. Die Rana, und Altersflößen sind beteiligt. Ich sah im Grunewald Schulklassen am Loto stehen, ihre Geldstücke liebernd in der Hand haltend. In der Weinmeister- und Rinsirafce, dem Dorado der strecken Händler, haben Feldraue ihre „Banken“ aufgestan. Man spielt mit Würfeln und mit Wärdern mit Nummern als Rouletterack. Mit der sicheren Nahe eines Croupiers ruft der Bankhalter Verlust und Gewinn aus. Er zieht mit der gleichgültigen Miene von der Welt die schwarze-füllte Grotische aus dem Mantelack und whut aus. Ein neuer Coup folgt. Und nicht nur Männer, auch Frauen mit der Hängeglocke am Arm beteiligen sich am Spiel.

Und über all diesem Glend thronat das geladene Maschinen-gewehr. ...

Armes Deutschland, armes Berlin!



beiter schwer betroffen würden, und verlangt, daß Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, um den Untergang der deutschen Volkswirtschaft zu verhüten. Ein solches Mittel sei vielleicht die Vorgesellschaftlichung unserer industriellen und Handelsaktivitäten. Schmidt weist zunächst darauf, daß die Geschäftsanteile einer Genossenschaft nicht Spekulationsobjekt sein können, daß sie mit der Mitgliedschaft verbunden und unverkäuflich sind. Er fährt dann fort: Diese Form der Kapitalbeschaffung für das betreffende Unternehmen ist moralischer und gesünder als die unperfekte Peter'sche durch Aktien. Man kann sagen, daß die Roboter der Aktienbesitzer lediglich so übergehend ihr Kapital in den Aktien anlegen wollen und viel mehr Gewicht auf eine Ausbeutung als auf eine feste Rente legen. Ja, viele Aktionäre kennen das Unternehmen, an dem sie sich durch irgendwelchen Pat beteiligt haben, entweder gar nicht oder nur sehr oberflächlich. Sie rechnen durch eine Erhöhung des Kurses mit der mühelosen Erhöhung ihres Vermögensbestandes. Ganz anders ist dies bei den Genossenschaften. Da verendet sich der Wert des Geschäftsanteils, auch wenn die Genossenschaft noch so gut arbeitet, in keiner Weise; eine Beteiligung von 1000 Mk. bleibt immerzu nur ein Vermögensbestand von 1000 Mk., auch dann, wenn das genossenschaftliche Unternehmen mehr als einen Normalzu bescheidenden Gewinnanteil auszusütten in der Lage ist. Man erreicht daraus schon, daß die genossenschaftliche Form moralisch und sittlich höher einzuschätzen ist als die Aktienform. Bei einer Genossenschaft hat ein jedes Mitglied, ob vermögend oder unermögend, ob Inhaber mehrerer Geschäftsanteile oder nur eines, nur eine Stimme. Dadurch ist eine Bevormundung des Reineren Kapitalisten seitens des größeren Kapitals, wie es bei den Aktiengesellschaften der Fall sein kann, bei der Genossenschaft unmöglich. Die Umwandlung unserer Aktiengesellschaften dürfte auch einer jeden Form der Sozialisierung bei weitem vorzuziehen sein. Bei einer Genossenschaft bleibt bei der breiten Grundlage, auf die das Unternehmen gestellt ist, doch die persönliche Verantwortung gewahrt. Die Genossenschaften haben bekanntlich drei wertvolle Grundzüge auf ihre Fahne geschrieben: Selbsthilfe - Selbstverwaltung - Selbstverantwortung. Solange an diesen Grundzügen festgehalten wird, besteht das individuelle hohe Interesse aller Beteiligten an dem Unternehmen. Bei der geplanten und wohlbedachten Sozialisierung ist dies nicht der Fall, da dort selbst die Selbsthilfe und die Selbstverantwortung und auch die Selbstverwaltung ausgeblendet und das Unternehmen lediglich beamtenmäßig geführt wird. Bei der Sozialisierung werden die Paragraphen die Hauptrolle spielen und nicht die persönliche Initiative, d. h. das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl. Wir haben in Deutschland genug Genossenschaften, die ganz vortrefflich zu arbeiten imstande sind und die nicht nur ihren Mitgliedern, sondern der Allgemeinheit zum allergrößten Nutzen sind.

Wer das Recht auf seiner Seite fühlt, muß derb auftreten; ein höfliches Recht will gar nichts heißen. Goethe

nicht sprechen; diese Streits waren in der Regel ein Verbrechen am deutschen Volk und an der neuerrungenen Freiheit.

Ich habe mir für alle Fälle zum Grundsat gemacht, mich über nichts zu wundern. Ich kam mit dieser Regel für die Beurteilung der mich umgebenden Dinge sehr gut aus und kann sie daher dem Leser an gelegentlich empfehlen. Wenn man mir für eine Schmalzstulle (25 Gramm Brot und 10 Gramm Schmalz) 2.50 Mk. abnahm, so wunderte ich mich ebensowenig, wenn heute die Straßenbahn, morgen die Hochbahn und übermorgen die Stadtbahn stillfiel. Streikten die Kaffeekellner, so ging ich am Kaffee, strakten die Warenhausangestellten, so ging ich am Warenhaus vorbei und dachte: ja, warum sollen die Kellner und die Warenhausangestellten nicht streiken?! Es folgte die Bankbeamten, eines Tages hatten mir kein Licht, ungesähr zu gleicher Zeit drohten die Arbeiter bei der Milch- und Fettversorgung mit Ausstand, dann kam wieder einmal ein Generalstreik - für den nächsten Generalstreik ist der große Bäckerstreik, der den Streik der Latenschäfer, der Metzger, der Apotheker, vielleicht auch der Hebammen einschließt, als Gegenmaßregel vorzusehen, der Streik aller gegen alle ist dann erreicht und damit ein Grad des Wahnsinns, der nicht mehr zu überbieten sein dürfte.

Dieses Urteil ist hart, zumal es von einem Sozialisten stammt. Aber war es nicht selbst ein Emil Barth, der gegen die Streiks donnerte und bevor warnte, die Revolution zu einer Lohnbewegung zu machen? Wenn je die Notwendigkeit vorlag, unsere Warenherstellung und verteilung der jeder Erleichterung zu bewahren, unsere Produktion zu steigern und neue Schaffensmöglichkeiten für die deutschen Arbeiter zu erfinden, so nach dem Siege der Revolution. Eine solche Erkenntnis fehlt allerdings nicht, berechnete Überlegung voraus, was wiederum das Nachhandeln harter Waren verlangt. Unter Volk aber wer entwertet und ist es nicht zu dieser Stunde. Wer wäre berechtigt, dieshalb Vorwurfe zu erheben? Wir können bitten, belehren und mahnen, aber nicht ver-

• Notizen für Gasarbeiter •

**Notizen für Gasarbeiter und Kleinverbraucher.** In Erweiterung der Verordnung vom 7. November 1919 über das Verbot der Verfeinerung von Rohöl (siehe Nr. 43 der „Gew.“) hat der Reichsausschuss für die Gasindustrie in einem Mandatsbescheid an die Gasanstalten verfügt, daß bis zu 5 Proz. der jeweiligen vormaligen Erzeugung an Gas für die Kleinverbraucher im Monat abgegeben werden kann. Jedoch darf die Abgabe an einen bestimmten Verbraucher 500 Liter im Monat nicht übersteigen. Die Antragsteller haben bei Empfang schriftlich zu erklären, daß sie die erhaltenen Rohölmengen für den Selbstverbrauch benötigen und nicht in den Handel bringen.

• Landstraßenwärtter •

**Landstraßenwärtter.** In unserer Gegend sind die Landstraßenwärtter vollständig dem Verbanne angeschlossen. Es ist ein schwieriges Verfahren, diese Kollegen näher mit allgemeineren bündigen Fragen zu vertrauen. Das sehr notwendig ist infolge der halben Besetzung des Kreis Landstraßen und der völligen Besetzung des Kreises Groß-Gerau. Im August d. J. überreichte die Gauleitung in Gemeinschaft mit der Kreisleitung an die Kreisämter Landstraßen und Groß-Gerau eine Eingabe zur Bewilligung erhöhter Feuerungsgebühren. Infolge der Besetzung dieser Gebiete fanden hier noch keine Kreisversammlungen statt; es reagierte in der ersten Kreisversammlung, Sozialdemokraten sind hier mit Kreisrat nicht vertreten gewesen. Es erfolgte vor Tagen ein ministerieller Erlaß, daß die alten Kreisräte ab 30. November 1919 aufgelöst sind. Wie ein reichendes Gewitter löst dieser Erlaß in die alten Amtsstellen einzuordnen zu sein, denn man bewilligte den Landstraßenwärttern, auf wiederholtes Drängen der Kreisleitung, einen Vorstoß von 600 Mk. auf die noch zu erledigende Vorzugsgeldung. Die schließlich unter Denzuegung unserer Anwesenheit erfolgen soll. Unsere Kollegen wurden in dieser Zeit unendlich da unsere Forderungen infolge der unangenehmsten Konstellation der Parteien im alten Kreisrat keine Unterstützung fanden und die Spitze der Behörden noch wie mit einer Organisation bekannt war, dessen Vorzug die Beteiligten bald kennen lernen werden. Ein Rohwert sei den Kollegen von beiden Kreisen eingehandelt. Es fällt ein Punkt nicht auf den ersten Blick! Stützt eure Reihen zur Organisation, die mit Euch wirtschaftliche und soziale Verbesserungen erreichen will und kann, wenn die Gewerkschaften erheben bleibt.

Wie groß für dich du siehst, vorm Ganzen bist du nichtig; Doch als des Ganzen Glied bist du als kleinstes wichtig.

Mit der Pest kommt der Tod, und mit dem verlorenen Krieg kommt der Wahnsinn ins Land.

Die Arbeiter und Angestellten hatten kein anderes Mittel der Selbsthilfe, als den Nominallwert ihres Lohnes in die Höhe zu treiben. Sie gingen darin mit den Landwirten einig, die ständig höhere Preise für ihre Erzeugnisse fordern. Der Lohn wurde „erhöht“, daß heißt der Lohnempfänger erhielt am Lohnstage noch mehr Papier wie bisher. Dieses Papier wertlos aber immer mehr an Kaufkraft. Früher kämpften wir um einen gerechten Anteil an dem Ertrag unserer Arbeit - nach der Revolution jedoch führten wir zumeist einen wütenden Kampf gegen uns selbst. Und da im Kampfe keiner verschont bleibt, so wurden wir alle vom reichenden Strom erfaßt und in die Tiefe gezogen.

In kaltem Widerspruch mit dem Leben und Leiden des Großteils der Berliner Einwohnerheit steht das Genießen gewisser Teile der „alten“ und der „Halbneuen“ und der sogenannten „neuen Welt“. Zur letzten zähle ich die Kriegs- und Revolutionsgewinnler, die Raubmenschen der Neuen mit ihren gefärbten, kurzröckigen „Damen“. Dieses „Berlin“ trifft zu nicht in den Kaffees und größeren Restaurants. Diese sind dem Fleis überlassen. Man findet sie vielmehr auf den besseren und besten Plätzen der Theater, in den kleinen Weinrestaurants, in den „kleineren“ Kabarets und Bars, in den Palästen der „alten“ und in den Tanz- und Spielclubs, von denen Paris jetzt allmählich fast ganz entleert und mehr verfallen ist. Ein wüster Taumel hat diese sogenannten Menschen erfaßt. Deutschland brennt, Berlin abtzt einem Vulkan, wobei keine Hände drücken aus das Mal des Schimpfes auf die deutsche Deutscherin, in allen Wägen des Reiches loht die Flamme des Streiks und des Aufruhrs - und in der Hauptstadt des schändlichen Deutschlands öfnet sich allabendlich die Tempel des goldenen Kalbes, um eine launende, singende, von Tanz und Spielern befüllte „Hochzeit“ auszunehmen. Das Geld scheint hier gar keine Rolle zu spielen. Der Champus ist in diesen Kreisen zum Tagesgetränk geworden, für ein Souper bezahlt man

Rus unserer Bewegung

Gaunferenz, Düsseldorf. Die zum 20. November nach Essen einberufene Gaunferenz war von 20 Filialen mit 36 Delegierten besetzt. Die Leitung war durch die Kollegen Buchelt und Pergel vertreten. Pergel gab Bericht über den Bezirksrat. Er verwies darauf, daß die Wirtschaftsbefehle glatt abgelehnt worden ist, dafür aber eine wesentliche Lohnerhöhung zugesichert wurde, welche mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober gezahlt werden soll. In seinen weiteren Ausführungen kreierte er noch die Mißtraufrage, Gruppenmitteilung, die Spannzzeit der Jahre und den Differenzbetrag zwischen Lohn und Mißtrauengelb. Zum Schluß bemerkte er, daß durch den noch bestehenden Tarif nicht alles erledigt werden konnte. In späterer Zeit muß das nachgeholt werden. In der Diskussion stimmten fast alle Redner mit dem Kollegen Pergel überein. Nur einige Kollegen hielten an der Wirtschaftsbefehle fest. Ebenfalls wurde die Zurückdatierung nicht für weitgehend genug gehalten. Ein Antrag, den Lohnzuschlägen nicht zuzustimmen, sondern an der Wirtschaftsbefehle festzuhalten, wurde gegen 9 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer Antrag des Kollegen Rink, Düsseldorf, eine sechsgliedrige Kommission zu benennen, die in Zukunft die Tarifverträge mit ausarbeiten soll, wurde angenommen. Darauf referierte Kollege Buchelt über: „Aufbau der Organisation“. Er zeigte die Richtlinien zur weiteren Entwicklung der Organisation. Ganz besonders deutete er auf die gewerkschaftliche Schulung aller Kollegen hin. Den Filialen legte er ans Herz, die Gaunferenz mehr auf dem Laufenden zu halten. Versammlungen oder Verhandlungen, die stattfinden, müssen dem Gaubureau rechtzeitig mitgeteilt werden. Ueber die Massenbesuche wurden vom Kollegen Buchelt den Filialen Richtlinien gegeben. Die Abrechnungen müssen dem Gaubureau und nicht nach Berlin gesandt werden. Zum Schluß schiederte er noch den Streik der Straßenbahner in Dortmund und gab bekannt, daß der Gau Köln vom Gau Düsseldorf abgetrennt ist und Kollegen Dreyß die Leitung des neuen Gauos übernehmen wurde. Kollege Clepp empfahl, der Strömung der Kollegen auf politischem Gebiete Rechnung zu tragen. Kollege Buchelt widersprach dem. Die Gewerkschaften müssen sich gegenüber den politischen Strömungen in der Arbeiterschaft neutral verhalten.

Gau Düsseldorf. Kaad. in der Staat an seine Beamten und Arbeiter sogenannte Wirtschaftsbefehle, die Gemeinden an die Beamten so ziemlich dasselbe zahlten, war es verhänglich, wenn die städtischen Arbeiter für sich die besten Wünsche hatten und in dem einzelnen Orten auch vorzogen. Einige Städte bewilligten sogenannte Vorläufe, lehnten aber die Befehle ab, weil es angeht sich Tarifbruch sei. Der Bezirks-Ausschuss, der für den Bereich des Territoriums eingesetzt ist, entschied in einer Sitzung, daß die wichtigeren verordneten Wirtschaftsbefehle mit dem Vertrage nicht im Widerspruch ständen, soweit sie nicht unter Androhung des

gelassen ein halbes hundert Mark. Und das Kolorit dieser Herrschaften. Starke Aulen, Doppelkinn, Krappete, Brillenton; hohe Schuhe, süßes Lächeln, schwächende Augen, küsternere Beine, feile Naden, laubwühlende Kellner, dazu die weilen Ränge vom Boston und Duxstep — der freundliche Vesper diese verrückte Zusammenstellung, denn ich befände mich in einem Tollhause. Die Verwirrung dieser Menschen ist soweit gediehen, daß sie sich von einem künstlichen Subjekt auf der Bühne sogenannte Lieber von der „Schönen Republikanerin“ vom „Nord-lingen Liebnachts“ und vom verlebten Spartakiden vorlesen lassen.

Berlin!

Schamlos macht sich dieses Treiben auf den Wirtschaftskolumnen breit. Zwischen den Kampfplätzen gegen den Volkswissenschaft und den Bekanntheitskolumnen des Magistrats über Zahlung von Arbeitslosenunterstützung und Abgabe der winzigen Lebensmittelrationen finden wir erotische Tanzplakate. Und was für Fälle werden angeführt! Witwen, Kavaliere, Strandbälle (im Strandkostüm) ... Gefinde- und „Arbeiter“bälle ... Dann ein Bö Bu Ball (Böler Bubenball) und um allem die Krone aufzusetzen auch ein halbes negeles mit Prämiierung der „Schönsten Beine“.

Da Uel weude ich mich von dem bunten Malatgemisch ab, das dazu wie geschaffen ist, die Anhänge, Liebnachts zu vermehren.

Berlin tanzt und spielt! Die Spielclubs schicken wie Bälge aus dem Erdboden empor. Man braucht nur auf einige Euros zu stoßen. Die vor einem Hause nächst: Woche halten, und man sieht vor einem Haus. Verschaffe dir eine „Mitgliedskarte“ und du hast Eintritt. Getränke und Speisen werden gratis verabreicht — das bishen Umzug an diesen Realien verkehrt gegenüber den Umständen, den der Bankhalter an Spielclubs erzielt. Gespielt wird Roulette, Pac Tourant, Poker und dann das eigentliche Baccarat, d. h. die offene Bank. An dem Spiel beteiligen sich auch Damen; es soll sogar besondere Damenclubs geben. Aber nicht nur in den Spielhöhlen wird gemauselt und gepotert. In den Redneräumen

Streits gefordert würden. Die Bezirksleitung beantragte dann für das ganze Vertragsgebiet, bei der Städtevereinbarung die Gewährung von Teuerungszulagen nach Maßgabe der staatlichen Sätze. Die Vertreter der Städte lehnten aber Wirtschaftsbefehle ab. Sie seien aber bereit, in der Lohnfrage mit sich reden zu lassen, trotzdem der Vertrag noch nicht abgeschlossen ist. Nach einigen Hin und Her fanden auch wir uns damit ab und ließen die Forderung fallen, wenn nennenswerte Lohnerhöhungen bewilligt würden, und zwar rückwirkend. Nachdem zwei Sitzungen ergebnislos verlaufen waren, gelang die Verständigung in der dritten Zusammenkunft. Es werden für die Zukunft gezahlt: Gruppe 1, gelernte Handwerker: 2,80-3,00 Mark. Gruppe 2, angelernte Arbeiter mit verantwortlicher Dienstleistung: 2,60-2,80 Mark. Gruppe 3, unangelernte Arbeiter: 2,30-2,50 Mark. Gruppe 4, ungelernete Arbeiter: 2,10-2,30 Mark. Frauen usw. für leichte und einfache Beschäftigung 1,40-1,70 Mark die Stunde. Die Löhne sollen rückwirkend ab 1. Oktober für Verheiratete ganz und für Ledige zur Hälfte ausbezahlt werden. Es ist dies eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 20 Proz. Das Streichen einer Gruppe und das Erreichen des Höchstlohnes in drei, statt in fünf Jahren, durchzusetzen war nicht möglich. Wir hoffen, gerade diese beiden Fragen bei dem nächsten Abschluß endgültig zu erledigen. Zu gleicher Zeit fanden Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbande für die Gas-, Wasser-, und Elektrizitätswerke statt, wo dieselben Fragen besprochen und auch erledigt wurden. Es kommen hier dieselben Lohnsätze in Betracht, bis auf die 3. und 4. Gruppe, wo der Grundlohn um 10 Pf. höher ist. Ebenfalls rückwirkend vom 1. Oktober. Eine Konferenz der Filialen nahm zu diesem Angebote Stellung und beschloß gegen 9 Stimmen, das Resultat der Verhandlungen anzunehmen. Der Erfolg ist innerhald ein nennenswerter. Es wird an den Kollegen liegen, ihn in den Kreisen der Indifferenten auszuapfen.

Frankenhäuser. In der Mitgliederversammlung vom 8. November wurde über eine 30prozentige Teuerungszulage und Mitgliederbefehle für die städtischen Gas- und Wasserwerksarbeiter beraten. Im vollsten Umfange wurden unsere Forderungen bewilligt, so daß der Lohn jetzt 1,95 Mark für die ersten Diger, 1,90 Mark für die zweiten Diger, 1,85 Mark für Installateure, 1,80 Mark für Dop-arbeiter, 1 Mark für Jugendliche pro Stunde beträgt, außerdem für jedes Kind bis zum 18. Lebensjahr 15 Mark pro Monat Kinderbeihilfe. Arbeiter die seit dem 1. Juli in städtischen Betrieben tätig sind, erhalten eine Aufbesserung der Teuerungszulage von 45 Mark auf 60 Mark. Von großem Vorteil für uns ist es, daß 7 Arbeiterbezieher im Stadtparlament sitzen. Nur durch Einigkeit und Zurückhaltung der persönlichen Interessen ist es möglich, unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Mit welchem Interesse hier die Kollegen mitarbeiten, zeigt am besten das stete Steigen der Mitgliederzahl. Unsere kleine, früher 6 Mann starke Mittale hat heute bereits 20 Mitglieder überzählten.

Witten. In der Mitgliederversammlung vom 22. November 1919 gab Kollege Proke den von den Comannern der Arbeiterausschüsse festgesetzten Lohninteriff bekannt. Gefordert werden in der 1. Klasse 2,65 Mark, in der 2. Klasse 2,55 Mark, in der 3. Klasse 2,45 Mark, in der 4. Klasse 2,35 Mark. Dies wären Zulagen von 1 Mark pro Klasse

der Pats und Tanzplakate frönt man gleichfalls dem Neu. Man kann sich aetrost die Reife nach Roma Carlö, Wien, Paris und St. Enghien ersparen, denn hier in Berlin hat „man“ für alles ausreichenden Ersatz geschaffen.

Als ich erfuhr, daß Spartakusmatrosen mehrfach solche Stätten besuchten und die Herrschaften die Hände hoch heben ließen, empfand ich so etwas wie eine innere Befriedigung.

Es wäre unrecht, zu behaupten, daß nur die Kriegs- und Revolutionsgewinnler und ihr Anhang vom Tanz- und Spielteufel belesen wären. O nein, auch das honeste Bürgertum, weite Schichten der Anwachstenden und Arbeiter, und nicht zu vergessen jene Leute, die jenseits aller Bezirke von Arbeit und Mühsal stehen, dazu die Rentkinder, die der Kriea aus ihrem gewohnten Gieße herausgeworfen hat — sie alle sind mehr oder minder von der Tanz- und Spielwelt infiziert, besonders aber von der Spielwelt. Man spielt und wettet in den Anwesen, auf der Straße, beim Barbier, in der Werkstatt, im Keller und auf dem Boden. Alle Kana- und Alters-Hellen sind beteiligt. Ich sah im Brunenwald Schulklassen am Loto sitzen, ihre Geldstücke liebend in der Hand haltend. In der Weinmeister- und Münzstraße, dem Dorado der fliegenden Händler, haben Feilbarane ihre „Banken“ aufgetan. Man spielt mit Würfeln und mit Kärtern mit Nummern als Roulettereck. Mit der sicheren Hilfe eines Groupiers ruft der Bankhalter Verlust und Gewinn aus. Er zieht mit der gleichgültigsten Miene von der Welt die schwebefähige Geldscheide aus dem Mantelfack und wirbt aus. Ein neuer Coup folgt. Und nicht nur Männer, auch Frauen mit der hängelstosch am Arm beteiligen sich am Spiel.

Und über all diesem Glend thront das geladene Maschinen-gewehr.

Armes Deutschland, armes Berlin!



zu den jetzt geltenden Löhnen oder, wie Kollege Kreidler ausführte, Erhöhungen von 5-8% Proz. Die Kollegen Kugel, Broke und Kreidler erklärten, den Lohnsatz wohl kaum in dieser Höhe durchdrücken zu können. Bei der folgenden Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, den Lohnsatz in vorstehender Höhe einzureichen, ebenfalls einstimmig beschlossen wurde, den jetzigen Lohnsatz zum 30. November zu kündigen. Der Ausschuss von Breslau, Junge, sprach für den Anstich der Löhne Gültig an den Gau Breslau. Nach seinen Ausführungen kann ein Schaden für Gorkis nicht entstehen, da Breslau höhere Löhne zähle wie Dresden. Nach einer Statistik wurden in Gorkis im Monat September 87,54 Mk. Wirtschaftsgeld gebraucht, in Breslau aber nur 81,12 Mk. Im Monat August stellt sich das Ergebnis umgekehrt. Dies ergebe für beide Städte auch gleiche Löhne. Kollege Dünke wies auf die bevorstehende Gründung des Arbeitgeberverbandes sächsischer Städte hin und auf dem bevorstehenden Abschluß eines Tarifvertrages für sämtliche sächsischen Gemeinden, wobei wir dann gezwungen würden, dem Gau Breslau anzugehören. Aus der sich ergebenden Aussprache war die Zustimmung aller Kollegen, vorläufig dem Gau Dresden treu zu bleiben. Kollege Broke berichtete über die Verhandlungen mit dem Magistrat betreffs der Ruhelohn- und Hinterbuchensverordnung, die am 1. Oktober in Kraft treten sollen, beginnend vom 21. Jahre ab, nach 10jähriger Tätigkeit 33% Proz., steigend alle Jahre um 1% bis zum Höchstbetrage von 75 Proz. Bei den Saisonarbeitern sollen die Monate in Anrechnung kommen, die sie früher bei der Stadt gearbeitet haben. Die Witwe erhält 10 Proz. des Ruhegeldes ihres Mannes. Betreffs der Beschäftigungsfrage konnte ein Ergebnis noch nicht mitgeteilt werden. Der Zweck der Volkshochschule wurde von den Kollegen Underst, Proke und Hill erläutert und die Kollegen ersucht, sich zukünftig an den Besuch derselben zu beteiligen.

**Sagen i. W.** Die Filialleitung reichte am 4. September einen Antrag bei den Stadtverordneten ein, um Gewährung einer Beschaffungsbeihilfe in der Höhe, wie sie die Beamten erhielten. Da bis zum 22. September die Stadtverordneten zu unserem Antrag noch keine Stellung genommen hatten, reichten wir eine Vorstellung über die Kosten des Winterkessels ein, in der nur das Allernotwendigste aufgenommen war. Oberbürgermeister Cuno glaube darauf hinweisen zu müssen, daß die Auszahlung einer Beihilfe Tarifbruch sei. Auf Antrag der Stadtverordneten Ludwig (M. S. P. D.) und Kirdeß (S. P. D.) wurde beschlossen, sofortige Verhandlungen mit unserer Filiale resp. mit der Tarifgemeinschaft anzubahnen. Ausgeführt wurde aber nur der letztere Antrag. Am 5. Oktober fand dann unsere Monatsversammlung statt. Das Richtentgegenkommen der Verwaltung hatte große Erregung und Erbitterung hervorgerufen. Die Versammlung verlangte baldige Auszahlung eines Vorlaufs von 500 Mk. an alle in händischen Betriebe Beschäftigten. Bis zum 8. Oktober sollte sich die Stadt dazu bereit erklären. Am 8. Oktober, mittags, war noch keine Antwort eingelaufen. Die Lage wurde bedrohlich. Da stellte uns Stadtverordneter Krüll (S. P. D.) zwecks Verhandlung mit der Stadt zur Verfügung. Er machte den Oberbürgermeister auf die Lage aufmerksam. Wir erhielten ein nicht-jugendliches Schreiben. Am 9. Oktober die Entscheidung. In einer Versammlung von 400 händischen Arbeitern erschienen auch Direktor Franke vom Caswert und die Stadtverordneten Krüll (S. P. D.) und Gatte (M. S. P.). Die Ausführungen aller Anwesenden betrafen die Notwendigkeit der Beihilfe. Immer höher schlugen die Töne der Erregung, die selbst von der schändlichen Worten des Herrn Direktors Franke nicht mehr gestillt werden. Der Streik wurde mit 298 gegen 1 Stimme beschlossen. Eine Stunde später wurde die Streikleitung in das Rathaus gerufen. Bürgermeister Dr. Büsch erkannte die wichtige Lage der händischen Arbeiter an und nach zweistündiger Verhandlung konnten die Kollegen den wartenden Arbeitern mitteilen, daß am folgenden Tage an sämtliche händisch Arbeiter ein Verbot von 200 Mk. gezahlt werden solle. Die Arbeit wurde aufgenommen und die Verhandlungen am folgenden Tage fortgesetzt. In diesen Verhandlungen mit der Finanzkommission und dem Hauptauschuß der Stadtverordnetensammlung nahmen die Kollegen Aube, Weber und Broke teil. Drei Stunden dauerten die Verhandlungen. „Lacht die Kreidler trunken“ rief Redneranwalt Scherl. „Wir haben Tageslicht und Wasser holen wie aus der Wolke. Im Augenblick haben wir wochenlang Prunzenwasser getrunken.“ Wir erreichten schließlich, daß an verheiratete Arbeiter noch 100 Mk. gezahlt wurden als Lohnzuschuß, damit die Stadt die Konventionstrafte nicht zahlen brauchte. Sofortige Auszahlung der rückständigen Tariflöhne und direkte Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft über die Beschäftigungsbeihilfe. Die Arbeiterschaft war mit diesem Ergebnis zufrieden; war es auch kein voller Erfolg, so können wir doch stolz auf den Erfolg sein, den die Kollegenschaft ihrer Geschlossenheit zu verdanken hat. Kollegen, es ist sehr schön dem Verbande aneuerkt oder ihr noch fern steht, ihr sehr, wie schwer wir jedes Stücken erringen müssen. Wir können nur weiterkommen, wenn wir uns alle unter den Föhnen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammenfinden. Um dieses zu erreichen, darf uns kein Opfer zu groß sein, denn wir arbeiten auf diese Weise für uns und unsere Zukunft.

**Stringsdorf-Milbed, Serbab.** Am 1. Juli schlossen sich die Gemeindeglieder unserem Verband an. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Anderschon einstimmig gewählt. Nachdem der Verband der Gemeindeverwaltung einen Tarifvertrag vorgelegt hatte, konnte nach langem Hin und Her am 2. Oktober zu den Verhandlungen geschritten werden. Der Tarifvertrag wurde mit Ausnahme der Punkte 7 und 10 angenommen. Diese sollen vor dem Schlichtungs-ausschuß verhandelt werden. Am 11. Oktober wurde Kollege Anderschon wegen eingeblichen Arbeitsmangels entlassen. Der eigentliche Grund war ausbleibend der, daß der Kollege für den Verband gearbeitet hatte und daher der Gemeindeverwaltung zu teuer Arbeiter geworden war. Wegen dieser unheimlichen Entlassung ist der Schlichtungsausschuß anrufen worden. Die Entscheidung steht noch aus. Durch das energische Vorgehen des Kollegen Anderschon war es möglich gewesen, die Lohnsätze im Durchschnitt um 75 Proz. zu erhöhen für die Zeit vom 1. April bis 1. Juli 1919. Am 1. April 1919 bekamen die Facharbeiter 1,5 Mk. Stundenlohn, seit 1. September 1919 2,30 Mk. Der neu abgeschlossene Lohnsatz sieht folgende Lohnsätze vor: Facharbeiter 2,30 Mk., gelernete Arbeiter 1,75 Mk., Platzarbeiter über 18 Jahre 1,65 Mk., von 16 bis 18 Jahren 0,85 Mk., von 14-16 Jahren 0,65 Mk., über 65 Jahre 1,20 Mk., Arbeiterinnen über 18 Jahre 1,15 Mk., über 16-18 Jahre 0,95 Mk., über 14-16 Jahre 0,65 Mk. Einigkeit unter den Kollegen und Vertrauen zur Organisation sind aber dauernd notwendig, wenn die Erfolge bleiben sollen.

**Nürnberg.** Der Stadtrat hat auf die Eingabe unserer Filiale beschließen, allen aus wirtschaftlich zurückbleibenden händischen Arbeitern einen vorläufigen Urlaub von 30 Tagen zu gewähren unter Bezahlung von 20 Arbeitertagen. Dasselbe Vergünstigung erhalten auch die Beamten.

**Consdorf.** Am 19. November fand im Gewerkschaftshause eine öffentliche Versammlung der händischen Arbeiter statt. Kollege Polm referierte über: Die Entstehung der Gewerkschaften und ihre Ziele. Er führte aus, wie es in aller Zeit nur Dürren und Kriegen oder Leiden gab und sich dann epochenweise, erst durch kleine Gesellschaften, dann durch Arbeitervereinigungen, Vereine der Gewerkschaft der Zukunftsorganisation immer mehr aufgebaut habe, bis noch und noch die Gewerkschaften zu ihrer heutigen Größe angewachsen sind. Zudem erklärte er die Entstehung der Gewerkschaften und die Leben der Gewerkschaften. Er sprach dann über die drei Gewerkschaften, die heute über 6 Millionen Mitglieder zählen. Wir sind nach wie vor eine Kampforganisation, denn auf wirtschaftlichem Wege ist von den Unternehmern, auch von den Beamten und händischen Arbeitern nichts zu erreichen. Nur alle in Staat- oder Gemeindefunktionen Beschäftigten ist es vorzuziehen, wenn bei irgendwelchen Verträgen in einem Betriebe, möglichst wenig Organisationen beteiligt sind, denn dieses erhöht die Aktionskraft und macht schneller zum Ziele. Aus diesem Grunde ist für die händische Arbeiterschaft unbedenklich, wenn sie in der Betriebsorganisation, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert ist. Dieses geschieht auch die Gewerkschaften unseres Verbandes. Auf Wunsch wurde dann noch am kollektiven Polm ein Vortrag über das Verbandsrecht gehalten. Die Ansprache darüber ergab, daß in den Betriebsräten keine wesentliche Verbesserung zu erlangen sei, sondern lediglich eine andere Benennung der Arbeitsausschüsse. Mit der Anforderung, in allen wirtschaftlichen Fragen neu und fest zusammenzukommen, wurde diese zur letzten Versammlung beschlossen. Am Dienstag, den 18. November, fand eine Versammlung der von den Christlichen zu uns übergetretenen Section der Erziehungsanstalt statt. Es wurde Klage geführt, daß wegen der schlechten und unrichtig bewacht werden. Dieses lag daran, daß der bestehende Tarif zwar genügend bekannt war unter den Kollegen, was wird den Kollegen monatlich 19 Mk. Wintergeld in Abzug gebracht, während die Forderung von 20 Mk. monatlich vollständig ungenügend ist. Dagegen wurde Einspruch erhoben. Kollege Polm erklärte sodann die Pflichten und Rechte des Arbeiterausschusses. Eine Beschäftigungsbeihilfe nach händischen Mäßen ist für die händischen Arbeiter ausbezahlt worden.

**Nürtingen.** In der Versammlung am 11. November behandelte die Filiale die Anstellung eines Vertragskassierers und eines Kreisbeamten, nachdem in einer vorhergehenden Versammlung des Vorstandes mit der Vertriebskommission schriftlich wurde, daß die Anstellung bei der heutigen Untergang dringend erforderlich ist. In der Versammlung erklärte sich mit den Vorschlägen des Vorstandes solidarisch, soweit es den Kreisbeamten und die damit bedingte Vertragskassiererei betraf. Es wurde beschlossen, die Stelle zum 15. Dezember in der „Gewerkschaft“ anzukündigen und vom 1. 1. 20 ab für monatliche Mitglieder einen Wochenbeitrag von 1,20 Mk. zu erheben. Die Anwesenheit der Anstellung des Vertragskassierers wurde der gewählten Kommission zur Weiterbehandlung zurücküberwiesen. Die Vergütung für die Unterbewerber wurde mit deren Einverständnis von 15 auf 10 Proz. erniedrigt und eine wöchentliche Minderung vorausgesetzt. Durch die Anstellung eines Kreisbeamten wird der Verband bedeutend entlastet und es kann eine bessere Organisation eintreten.



Rundschau

**Wohlfahrt der Eisenbahnarbeiter.** Die Eisenbahnarbeiter der Staatseisenbahn (Schles.) haben sich auf Vorschlag des Eisenbahnbetriebsingenieurs sehr bereit erklärt, zur Abhilfe der stöhlernen Sonntagsarbeit zu folgenden Bedingungen zu leisten: Die Arbeiterkassette leistet Sonntagsarbeit. Die erste Vorkassette, welche statt an einem Sonntag an einem Arbeitssonntag fertiggestellt wird, wird von der hiesigen Hauptwerkstatt, welche auch das Personal dazu stellt, verwahrt, um selbst 10000 Zentner Kohle von einer Wärfener Grube nach Cels zu holen. Die hiesige Arbeiterkassette liefert dann nach der geleisteten Sonntagsarbeit mit etwa 120 bis 160 Mann einhändig und für die Eisenbahnverwaltung vorkassettlich den ganzen Tag innerhalb 3 Stunden aus und stellt die erforderlichen vierzig Wagen — um deren Bestellung Vertreter der Arbeiterkassette und der Lagermeister von Cels beim Eisenbahnpräsidenten besonders vorstellig werden — wieder in den für letzter Zeit befristet zur Verfügung bereit. Die 10000 Zentner Kohle sollen nie vor als verkauft werden: 6000 Zentner werden der Arbeiterkassette je Kopf 4 Zentner zum Grubenpreis überlassen, 5000 Zentner der Eisenbahnverwaltung zur Verteilung an die Landwirtschaft als Düngemittel. Restmengen mit Stadt, Kreis und Gubenverwaltung sind in diesem Sinne bereits angekauft. Kreis und Stadt Cels begahlen die entstehenden Fracht- und Verladekosten.

**Ausbau des preussischen Wohnungsministeriums.** Eines der größten Hindernisse für die zeitgemäße Reform unserer Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse in Preußen lag bis vor nicht langer Zeit bestimmtlich in der großen Zerstückelung der einschlägigen Befugnisse der Staatsleitung auf sechs oder sieben verschiedene Ministerien. Diesen ungenügend lösbaren Zustand ist im Frühjahr 1918 durch Schaffung eines Staatskommissariats für das Wohnungswesen in Preußen, in dem der größte Teil der in Frage kommenden Befugnisse zusammengefaßt wurde, ein Ende gemacht worden. Das Staatskommissariat ist dann in dem oben genannten preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt aufgegangen, und damit hat dieses auch die zusammengehörigen Befugnisse im Wohnungswesen erhalten. Aber auf das Staatskommissariat waren doch noch keineswegs alle einschlägigen Befugnisse übergegangen, wichtige Stadien waren noch bei einzelnen anderen Ministerien verblieben. Vorzugen haben sich die großen Organisationen der Wohnungsreform, wie z. B. der Deutsche Verein für Wohnungsreform und der Deutsche Wohnungsanleihe, wiederholt gewandt. Nun ist durch Beschluß der preussischen Staatsregierung vom 7. November d. J. die Zuständigkeit des neuen Ministeriums für Volkswohlfahrt endgültig geregelt worden, und bei dieser Gelegenheit hat man das bisher Verbliebene nachgeholt und diesem Ministerium, das nunmehr als das Wohnungsministerium für Preußen zu betrachten ist, in der Hauptsache auch die eben erwähnten bisher noch fehlenden Stadien der Zuständigkeit angewiesen, so daß es nunmehr wohl fast alle Befugnisse der staatlichen Zentralleitung auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens in sich vereinigt. Insbesondere werden ihm jetzt auch übertragen die bisher dem Ministerium des Innern obliegende Mitwirkung in Angelegenheiten der inneren Kolonisation, ferner die Bildung und erste Beaufsichtigung von Siedlungsgesellschaften, ferner in dem Ministerium für Volkswohlfahrt zugewiesen worden die Mitwirkung bei der Verwertung staatlichen Domänen- und Forstbesitzes für Wohnungsweisen und — in gewissen Rahmen — auch für Siedlungswesen, und es dürfte damit eine wichtige Vorkehrung gegen die bisher so oft zu beklagende einseitige fiskalische Bewertung des staatlichen Grundbesitzes getroffen sein. Endlich hat das Ministerium für Volkswohlfahrt auch die für das Wohnungs- und Siedlungswesen sehr wichtige Aufsicht über die Hypothekendarlehen erhalten, die bisher das Landwirtschaftsministerium ausübte; dagegen in diesem letzteren die Bearbeitung der Angelegenheiten des verfallenen Schenkungswesens verblieben. Dem Ministerium für Volkswohlfahrt ist außerdem durch den gleichen Beschluß der Staatsregierung ein weiter Kreis von Aufgaben zugewiesen worden, die zwar nicht unmittelbar zum Wohnungs- und Siedlungswesen gehören, wohl aber mit ihm in engem Zusammenhang stehen, so z. B. das Kleingewerwesen, die Kleinrenten- und Zunftzweckförderge außerhalb des Schulbetriebs, die Jugendberufshilfe an der schulentlassenen Jugend und die ländliche Wohlfahrtspflege.

**Zur Verbesserung unserer Bauweisen.** Es ist eine eigentümliche Tatsache, daß die Bauweisen neuerer Kleinhausneubauten im Genuß und Aufbau nicht ohne Rücksicht auf nutzbringende alle Beispiele der betreffenden Gegend entworfen sind. Die Wohnungsbauer, auch im heutigen Wohn- und Wirtschaftswesen durchaus entwicklungsstarke Vertreter sind, sind so weit, daß ihr Vorkommen von den Bauweisen der vollkommen überleben würde. Diese Erscheinung erklärt sich dadurch, daß selbst heute noch die Bauwerksträger nur selten die natürlichen Voraussetzungen einer neuen Bauweise, wie sie sich aus Ort und Geschichte der Landschaft ergeben,

nach allen Richtungen genügend vor der Inangriffnahme der Planung kennen zu lernen trachten. Dabei sind im allgemeinen die Bauweisen solcher alten Bauten erfahrungsgemäß und aus gutem Grunde zufriedener mit diesen als ihre Nachbarn in neuen, äußerlich viel ansprechenderen Bauten. Das zeigt sich aufs deutlichste z. B. beim Vergleich des in Nordwestdeutschland seit alters verbreiteten, vor allem bei den Heide- und Moorlandorten beliebten mäuerhaues und des in den letzten Jahrzehnten häufig an seine Stelle getretenen „billenmäßigen“ Kleinhausbaus mit oft ganz unbedeutendem Nachseher, einer verzierten Tür- und Stubenanlage und viel zu unübiger Vorkörpergestaltung. Obwohl nun in den allerletzten Jahren die Kleinhausformen für Stadt und Land im Sinne einer alteren Bauweise immer besser herausgearbeitet sind, herrscht noch große Unklarheit vor allem für die ländlichen Kleinhaus-Aufgaben, und die sich die betreffenden Stellen immer noch nicht genügend bemüht haben. Andererseits herrscht unter Vaterland auch in dieser Beziehung noch voll von alten Beispielen, die nur in ihrem praktischen Wert für die Gegenwart voll erkannt werden müssen.

Eingegangene Schriften und Bücher

**Volkerverband der Bücherfreunde.** Der Wille zur Arbeit einer neuen geistigen Kultur ist erwacht, und alle, die den bedeutungsvollen Nachnamen „Volk“ mit Bewußtsein tragen, wollen den Weg in die Zukunft als Handziegel geben. Volk greift das Volk zum Meister des Wissens, zum Buche, Bestrebende und Kraft, die es spendet, allen teilhaftig zu machen, schließen alle sich zusammen, durch Gemeinschaft überwindend, was dem einzelnen aus Lernungsgründen unerschaffbar bleibt. Im Volkerverband der Bücherfreunde, dem ohne einen Mitgliedsbeitrag alle, auch Vereine, Verbände, Organisationen und Einzelpersonen angehören, ist dem großen Werk der Zerstreuung des Bildungswesens der härteste Helfer erschienen. Jährlich erscheinen zunächst 4 literarisch wertvolle Bände, künstlerische, dem jeweiligen Inhalt angepaßte Einbände, typographisch und in der Papierwahl würdige Ausstattung wird die also zustande kommende Bibliothek zur Heimstätte von Kunst und Schönheit machen. Der Volkerverband der Bücherfreunde begann im Oktober d. J. seine Erscheinungen mit Goethes „Faust“. Der Einband ist nach einem alten Muster von 1834. Der Volkerverband führt neben den Klassikern kulturgeschichtliche und Wissenschaften, den modernen Roman und Poesie. Die Bände werden nur an Mitglieder veräußert, überreichen den Preis von 5,50 Mk. für den gebundenen, 3,50-5,00 Mk. für den ungebandeten, sind aber nicht im Buchhandel erhältlich. Eine literarisch wertvolle Verzeichnis, mit Beiträgen von Minister Baumbach und bekannten Autoren im Volksbildungs- und Gewerkschaftswesen, mit Beiträgen von Max Kautz, Hermann Zudermann, Friedrich Rabber, Otto Klase, Albert Zornig, Dr. M. Conrad und anderen, mit historischen und literarischen Beiträgen von Edmund Schaefer und Bruno Witt, ist bereits erschienen. Sie wird unentgeltlich ausgegeben und unentgeltlich eingehoben über den Volkerverband der Bücherfreunde, der sich in allen großen Städten ausbreiten und seinen Sitz auch in Berlin W 50, Kantstr. 34, hat.

**Werklo Nationalisierung.** Von Dr. Johannes Niefel. (Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, Heft 2.) Verlag von Jahn u. Jochen, Dresden. Preis 2,50 Mk. Aus dem Inhaltsverzeichnis heben wir u. a. hervor: Anpassung der Arbeit an die Arbeiter. Anpassung der Arbeiter an die Arbeit. — Praktische Durchführung. — Das sogenannte Tarifloshalten.

**„Proletariat Bücher für Bildungskampf“.** Peter Kropotkin: Die politischen Rechte und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse. Preis 13 Pf. — M. Lenin: Sozialismus und Staat. Preis 18 Pf. Beide Schriften sind mit einem Geleitwort von Fritz-Friedrich Winkler versehen. Verlag: Reichenberg u. Hoff, Berlin-Weißensee.

**Die gesamte Kaufkraft des Lohnes und ihre Wiederherstellung.** 1. Gemeinwirtschaftliche Förderung der Haushaltung und der Lebenskraft. Von Gertrude Kührt. 2. Geldentwertung und Reallohn. Von Professor Dr. W. Zimmermann. (Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, Heft 69.) Verlag Gustav Fischer, Jena. Preis 3,50 Mk.

**In Reichs Universitätsbibliothek erschienen:** Nr. 6046/6047. **Republik Rom, lieber die Restauration in Frankreich / Frankreich und Deutschland / Der bayerische Landtag von 1831.** Die Eröffnungsaussage der „Historisch-Politischen Zeitschrift“. Mit einer Einleitung von Prof. Dr. Richard Schmidt. (111 S.) Geb. 1,50 Mk., Bibliotheksband 2,25 Mk., Pappband 1,90 Mk. — Nr. 6048. **Hermann Kautz, Arbeiter-Programm über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterbundes.** Mit einer Einleitung von Dr. Hermann Kautz. (71 S.) Geb. 65 Pf., Pappband 1,25 Mk. — Nr. 6049. **Militärverordnungsregeln für das Deutsche Reich.** Ergänzungsbuch enthalten die Verordnung über Änderung des Verfahrens in Militärverordnungsangelegenheiten, die Ausführungsbestimmungen dazu und die Gebührensordnung für Rechtsanwälte, die Bestimmungen über Ernennungsanträge und Anrechnung der Kriegsgesamtschuld, sowie die Ernennungsbestimmungen über die Kapitalabfindung. Textausgabe mit kurzen Anmerkungen und Sachregister. Herausgegeben von Karl Fannier. (104 S.) Geb. 65 Pf., Bibliotheksband 1,50 Mk.

Verbandsstell

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Wie in früheren Jahren soll auch in diesem Jahre zu Weihnachten den gemahregelten, freitenden und arbeitslosen Mitgliedern eine Weihnachtsunterstützung gewährt werden.

1. Bezugsberechtigt sind gemahregelte, freitende und arbeitslose Mitglieder, wenn sie bis einschließlich 20. Dezember 1919 mindestens zwei Wochen erwerbslos waren.

2. Die Unterstützung beträgt für verheiratete männliche Mitglieder 15 Mk., für ledige Mitglieder 10 Mk. Mitglieder, die als einzige Ernährer von Familienangehörigen in Frage kommen, sind den verheirateten Mitgliedern gleichzustellen.

3. Die Auszahlung der Unterstützung darf nicht vor dem 20. Dezember erfolgen.

4. Der Empfang der Unterstützung ist auf einem Formular für die Erwerbslosenunterstützung zu quittieren. Vom Filialleiter muß darauf der Vermerk "Weihnachtsunterstützung" angebracht werden.

Aus vielen an unsere Massenverwaltung ergangenen Anfragen ist ersichtlich, daß über die Höhe der am 1. Januar in Kraft tretenden Vertragsätze noch einige Unklarheit besteht.

Das Eintrittsgeld beträgt hinfür für die 15-Bf.-Klasse 50 Bf. und für die anderen Vertragsklassen 1 Mk. Für Erfahrmittelgliederbücher sind hinfür 50 Bf. und für Erfahrmittelgliederkarten 30 Bf. zu zahlen.

Der wöchentliche Beitrag beträgt für Mitglieder mit einem Wochenverdienst bis einschließlich 20 Mk. = 45 Bf., bis einschließlich 25 Mk. = 60 Bf., bis einschließlich 30 Mk. = 75 Bf., über 30 Mk. gleich 90 Bf.

Der Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern ist aufgehoben.

Für Markenbestellungen sind natürlich die von den einzelnen Filialen beschlossenen Lokalzuschläge zu berücksichtigen und dem statutarischen Verbandsbeitrag hinzuzurechnen.

An die Filialleitungen.

Die in den letzten Tagen zahlreich eingelaufenen Anfragen beantwortend und um weiteren Nachfragen vorzugeben, geben wir bekannt, daß das neue Statut vom 15. Dezember ab an die Filialen versendet wird.

Ebenso werden die Notizkalender für das Jahr 1920 nach Fertigstellung sofort versendet.

Der Vorstand der Verbandsprotokolle ist bereits in die Wege geleitet.

Die Tarif-Verträge in gemeinnützigen Betrieben.

Die Schrift hat ihre besondere Bedeutung darin, daß sie einen Überblick über die ersten Erfolge der Arbeiter in Staats-, Gemeinde- und öffentlichen Betrieben in ihrer Tarifbewegung dieses Jahres gibt.

Zelbverlag des Verbandsvorstandes Berlin W. 57, Winterfeldstr. 24

Notiz-Kalender für Gemeinde- und Staatsarbeiter

1920

Preis 2,50 Mark, für Mitglieder 2,00 Mark

Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor: Statistische Zusammenstellungen über die Tarifröhne der Arbeiter und Angestellten in gemeinnützigen Betrieben; Programm des Verbandes; Artikel über die Gewerkschaftsbewegung und das gegenwärtig hochwichtige Gebiet der Sozialisierungsbestrebungen; Medizinische Fachausdrücke usw.

Restellungen müssen schnellstens bei den Vorständen der Filialen aufgegeben werden. Einzelmitglieder können den Kalender direkt vom Verbandsbureau, Berlin W. 57, Winterfeldtstraße 24, beziehen.

Filiale Frankfurt a. M.

sucht zum sofortigen Eintritt einen weiteren Ortsbeamten.

Bewerber müssen Mitglied einer freien Gewerkschaft, in schriftlichen Arbeiten gewandt, rednerisch und zur Führung der Kassengehäfte befähigt sein. Den Bewerbungsschreiben ist ein kurzer Lebenslauf, sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten beizufügen.

Filiale Stettin

sucht zum 1. Januar 1920 einen 2. Ortsbeamten.

Bewerber müssen Mitglied einer freien Gewerkschaft, schrift- und rednerisch, kassenmäßig und in der Führung der Kassengehäfte besonders fein. Bewerbungsschreiben mit kurzem Lebenslauf und einem Aufsatze über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten sind zu richten an die Ortsverwaltung der Filiale Stettin, Große Oberstraße 18 20, 111

Protokolle des Verbandes.

- Wilhelm Bayer, Mannheim
Gustav Adolf Hertel, Chemnitz
August Bieler, Berlin
Eudwig Brödenfeld, Danzig
Richard Falk, Bitterfeld
Marie Friedrich, Chemnitz
Friedrich Galle, Freiburg i. B.
K. H. Glindau, Könißberg i. Pr.
Hans Harder, Rendsburg
Friedrich Harffelder, Pforzheim
Bertha Heile, Danzig
Robert Hempel, Fichtelsthal
August 11. 1919, 57 Jahre alt
1. 11. 1919, 59 Jahre alt
27. 11. 1919
15. 11. 1919, 68 Jahre alt
4. 11. 1919
19. 11. 1919, 61 Jahre alt
28. 10. 1919, 41 Jahre alt
16. 11. 1919, 50 Jahre alt
11. 11. 1919, 72 Jahre alt
17. 11. 1919, 68 Jahre alt
15. 11. 1919, 17 Jahre alt
16. 11. 1919, 44 Jahre alt
10. 11. 1919, 66 Jahre alt
Bertha Heyn, Berlin
August Koch, Bernburg
Johann Krohn, Greifswald
Gustav Marquardt, Berlin
Paul Müller, Berlin
Theodor Richter, Dresden
Gottfried Rothe, Berlin
Hermann Röllig, Dresden
Wilhelm Schmidt, Wiesbaden
Albert Schreiter, Mariendorf
N. Cupichautzky, Könißberg i. Pr.